

ROTDORN



unabhängige linke Jugendzeitung aus Berlin



Für ein rotes Europa!
(denn ein anderes Europa
ist nötig und möglich!)

www.ROTDORN.org

Geneigte Leserin, geneigter Leser!

die Redaktion hat wieder in wöchentlichen Sitzungen gegrübelt und diskutiert, welche Themen und Artikel euch diesmal die Zeit bis zu den Sommerferien versüßen sollen.

Zum Glück haben wir immer ein Überangebot an Artikeln, so dass wir jeden kritisch durchprüfen nach Stil, Aktualität, Aussage usw. und versuchen in jeder Ausgabe ein großes Themenspektrum abzudecken.

Auch diesmal durchzieht sich ein roter Faden durch die Ausgabe, denn die Wahlen zum Europäischen Parlament stehen vor der Tür, am 13. Juni ist es soweit.

Deshalb geben wir euch einen kleinen Überblick über die Struktur und Geschichte der Europäischen Union und die Rolle des Europäischen Parlaments.

Ein weiterer Artikel wird sich mit der Erweiterungspolitik der EU beschäftigen, allerdings weniger mit der Erweiterung am 1. Mai um 10 Länder aus Ost und Südeuropa, sondern in die Zukunft, Richtung Türkei schauen.

Doch auch in anderen Artikeln wird es immer mal um das Thema Europa gehen, sei es der Artikel über den italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi.

Ein weiteres Schmankerl dieser Ausgabe findet ihr im Heftinneren, inspiriert durch die bundesweite Demo gegen Sozialabbau am 3. April in Berlin, haben wir eine neue Edition des Spiels „Mensch ärgere dich (nicht)!“ entwickelt. Wir hatten auf jeden Fall viel Spaß daran, mal ganz anders über eine Demo zu berichten.

Zu guter Letzt möchte die gesamte Redaktion ein großes Dankeschön an all die edlen SpenderInnen richten die unserem Spendenaufruf gefolgt waren und der Redaktion damit im Rechtsstreit mit den Kästner Erben wesentlich halfen. Der Rechtsstreit ist zwar mittlerweile beigelegt doch wir haben immer noch nicht die gesamte Summe zusammen. Deshalb würden wir uns weiterhin sehr freuen wenn ihr uns einen Soli-Beitrag eurer Wahl auf das im Impressum stehende Konto überweisen könntet.

Außerdem können wir jede helfende Hand und jeden denkenden Kopf gebrauchen, meldet euch bei uns per Postkarte oder mailt uns an: rotdorn@gmx.de.

Wie immer könnt ihr die aktuelle Ausgabe und aktuelle News, Termine uvm. auf unserer Internetseite unter www.rotdorn.org abrufen.

Wir hoffen ihr habt viel Spaß mit dem Rotdorn,

EURE ROTDORN-REDAKTION



Inhalt

Leitartikel

Zu den EU-Parlamentswahlen	3
----------------------------	---

Die Rotdornredaktion

wer wir sind und was wir wollen	5
---------------------------------	---

Silvio Berlusconi

Reif für die Insel oder Europa?	6
---------------------------------	---

Mexiko

Zehn Jahre zapatistischer Aufstand	8
------------------------------------	---

Buchvostellungen

	10
--	----

Paules Kneipentest

Das „Nemo“ in der Oderberger-Straße	11
-------------------------------------	----

Pankow

Zur Eröffnung der Bundeswehrakademie	11
--------------------------------------	----

Arbeitsgesellschaft

Das Ende der Vollzeitbeschäftigung	12
------------------------------------	----

Spiel zur Demo am 3. April

Mensch ärgere Dich!	14
---------------------	----

Antifaschistische Aktion

Zu dem Abschiebeknast und der NPD-Zentrale	17
--	----

CD-Vorstellung

„Rock against Bush Vol. 1“	17
----------------------------	----

Türkei

Debatte zur Zukunft der Türkei in Europa	18
--	----

NS-Vergangenheit

Über die Arbeit der Geschichtswerkstatt	19
---	----

China

Paradies für Profitgeier	20
--------------------------	----

Sozialabbau

Rot-grüne Gerechtigkeit – Teil 2	21
----------------------------------	----

Rotdorn-Veranstaltung

Eindrücke von einer spannenden Diskussion	22
---	----

Studienkonten

Vom Landesparteitag der PDS	23
-----------------------------	----

Irak

Hintergründe eines Angriffskrieges	24
------------------------------------	----

Die vorvorletzte Seite

Dein Leben in einer neoliberalen Welt!	26
--	----

Termine

	27
--	----

Preisrätsel

	28
--	----

EU-PARLAMENTSWAHLEN 2004

Mein Europa? Dein Europa? Unser Europa!

Europäische Politik erscheint einem als fernab jeder Realität – weit weg in Glaspalästen in Brüssel oder Straßburg. Mehr Klischee als wirkliche Sachlage bestimmen den öffentlichen Diskurs über europäische Politik in den EU-Ländern. Ins Schlaglicht der Presse kommt die EU in letzter Zeit nur durch ihre Außenpolitik im Nahen Osten, Handelsstreitigkeiten mit den USA oder interne Zerreißproben durch Blaue Briefe an Haushaltssünder, das klägliche Untergehen der europäischen Verfassung und Streitigkeiten mit den neuen Partnern am Tisch aus dem Osten sowie Süden des Kontinents. Zu der verbreiteten Unwissenheit kommt oft eine Unterschätzung und damit Geringschätzung der politischen Eingriffsmöglichkeiten per EU in die staatlichen Gefüge der Mitgliedsländer. Denn tatsächlich bestimmen die Entscheidungen der Europäischen Kommission im Zusammenspiel mit dem Europäischen Parlament (EP) und dem Rat der EU (Ministerrat) per Verordnungen und Richtlinien 80% des alltäglichen Lebens der Unionseinwohner und greifen tief in die Souveränität der nationalen Parlamente. Da EU-Recht deutsches Bundes- und Landesrecht bricht, haben die Parlamente oft nur noch einen engen Spielraum für die eigene Ausgestaltung der Gesetze.

Durch Bestimmung des Rahmens in dem die Gesetzgebung liegen darf, will die EU in jedem Mitgliedstaat eine Angleichung der Standards erreichen. Eigentlich eine gute Idee, wenn wir die gleiche Drogenpolitik wie die Niederlande, die gleiche Sozialpolitik wie Schweden, die gleiche Einwanderungspolitik wie in Frankreich usw. überall hätten. Leider sieht die Realität anders aus.

Die innere Struktur der EU

Diese Einflussnahme der EU auf die politischen Prozesse der Mitgliedsstaaten läuft mehr oder weniger demokratisch ab, die Rechte der einzigen demokratisch gewählten, also von den Unionsbürgern legitimierten, europäischen Institution, dem EP hängen vom Inhalt des Gesetzes ab. Die Mitentscheidungsrechte des EP sind auf die 1. Säule der EU beschränkt, hierbei handelt es sich z. B. um Asyl- und Einwanderungspolitik, (Aus-)Bildung, Außenhandel, Binnenmarkt, Beschäftigung- und Gesundheitswesen, Kultur- und Sozialpolitik, Umwelt und Verkehr. Doch auch hier kann das EP nur mitentscheiden, es hat kein Gesetzesinitiativrecht, darf also keine eigenen Gesetzesvor-

schläge einbringen, sondern kann nur vorgelegte Gesetze, zusammen mit dem Ministerrat, verändern und beschließen.

Nur die als „Hüterin der Verträge“ deklarierte EU-Kommission darf Gesetzentwürfe, für die Bereiche in denen die EU tätig werden kann, vorlegen. Sie bestimmt daher die Art und Weise und den Zeitpunkt der Entwicklung der Union.

Doch die Zusammensetzung der Kommission kann der Unionsbürger nicht mitbestimmen, dies entscheiden allein die nationalen Regierungen, die seit der Erweiterung zum Mai 2004 jeweils einen KommissarInnen nominieren dürfen. Das EP kann nur über die gesamte Kommission abstimmen und auch nur die gesamte Kommission abwählen.

Auch der Ministerrat, der eigentlich aus 16 Kombinationen von Fachministerräten besteht, hat wesentlich mehr Einfluss und Befugnisse auf die politisch wirksame Ausgestaltung der zusammenarbeitenden Staaten.

So muss sich das EP in allen Bereichen die die 1. Säule der EU betreffen mit ihm absprechen und der Ministerrat kann allein endgültige Entscheidungen in der Agrarpolitik, im Wettbewerbs- und Steuerrecht und bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (2. Säule der EU) treffen.

Die 3. Säule der EU, die Innen- und Justizpolitik, ist weiterhin Angelegenheit der einzelnen Staaten, die für sich handeln, sich aber abstimmen und mögliche Leitlinien koordinieren und umsetzen.

Ein Beispiel

Dadurch, dass so wenig von den Entscheidungen auf europäischer Ebene und ihrem Entstehungsprozess, zu uns durch dringt, fällt es den nationalen Politikern leicht, bei auftretenden Problemen bei der Umsetzung von Richtlinien oder ungenehmen Gesetzesinitiativen der Kommission, auf Brüssel zu schimpfen und alle Verantwortung von sich zu schieben. Es darf aber nicht vergessen



Europäisches Parlament	626 per nationaler Parteienliste gewählte Abgeordnete, bilden mit Rat der EU den Gesetzgeber und Haushaltsbehörde, Kontrolle der Exekutive, Veto-Recht, muss immer angehört werden
EU-Kommission	25 Mitglieder, eines pro EU-Land, Initiativen für Gesetze, Hüterin der EU-Verträge (Kontrolle, Auslegung, Sanktionen), mit Europäischem Rat Exekutive, größte Rolle als Verwaltung
Rat der EU (Ministerrat)	Fachminister der Mitgliedsstaaten, Beschlussorgan, weitreichende Kompetenzen bei agrar- und wirtschaftspolitischen Fragen u. a.
Europäischer Rat	Staats- und Regierungschefs aller Mitgliedsstaaten und Kommissionspräsident, als Exekutive Festlegung der Richtlinienkompetenz für die Politik der EU

werden, dass die wesentliche Ausrichtung der Politik der EU von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten bei den Treffen des Europäischen Rates sowie durch ihre Minister in den Ministerräten bestimmt wird. Und nicht selten spielen hier die Staatsvertreter ein anderes Spiel als sie es, dann wieder in der Heimat angelangt, gerne zugeben.

Ein Beispiel dafür liefert das deutsche Gezerre um ein Zuwanderungsgesetz, dass Rot-Grün ja als wesentlichen Durchbruch der progressiven Flüchtlingspolitik durch Aufnahme von geschlechtsspezifischer Verfolgungsgründe etc. verkaufte. Die Bundesregierung schiebt die bisher eher klägliche Bilanz des Gesetzgebungsverfahrens (sicherlich nicht ganz falsch) der rechten Opposition im Bundesrat von CDU/CSU/FDP in die Schuhe.

Dabei wäre es so einfach, denn die Asyl- und Einwanderungspolitik ist eine Gemeinschaftskompetenz der EU, das heißt hier könnte Herr Schily im Innenministerrat der EU zusammen mit den anderen Mitgliedsstaaten einen wesentlichen Rahmen abstecken, der dann u. a. einen ausdifferenzierten Katalog der Zuwanderungsgründe enthielte, und in nationales Recht umgesetzt werden müsste.

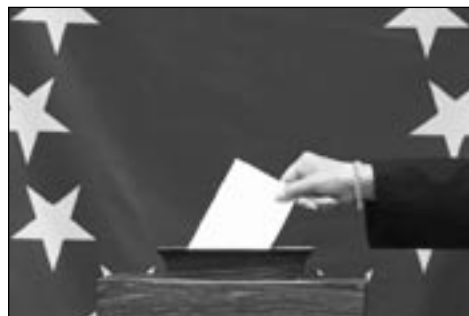
Jetzt könnte man Herrn Schily zu Gute halten, dass er das alles ja versucht, aber am Widerstand der anderen Unionsstaaten gescheitert ist. Weit gefehlt, ohne den enormen Widerstand von Deutschland in den letzten Jahren, hätten wir schon längst eine einheitliche, weit liberalere Asylgesetzgebung, als im Moment diskutiert wird.

Stattdessen werden sich nun die von Schily unterstützten Hardliner durchsetzen und die Festung Europa weiter ausbauen, der angebliche grüne Re-

formmotor wurde einfach aus Brüssel abgewürgt...

Aber warum dann bitte noch wählen gehen?

Na dass ist doch sonnenklar, weil's vom zugucken auch nicht besser wird, sondern die EU von innen, von den Fraktionen des EP, verändert werden, und das minimale Gestaltungspotential einer linken Fraktion gestärkt und damit ausgebaut werden muss.



Das EP hat eine lange Zeit gebraucht um sich wirklich zu entwickeln und von einer langweiligen und sinnlosen Labyrinth zu einem sich selbst ernst nehmenden und selbstbewusst agierenden Parlament zu werden, und dass ist gut, denn nur mit engagierten und fordernden Parlamentariern kann der Druck für demokratische und linke Reformen verstärkt werden.

Ein Vorteil des EP ist es, dass die Mehrheitsfraktionen keine Regierung stützen und daher konform den Vorschlägen der Kommission zustimmen müssen, sondern sich bei jeder neuen Sachlage neue Allianzen bilden und bei vielen Themen die besten Argumente sich durchsetzen können.

Daher hat es auch die nur viertstärkste Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken geschafft eigene Gedanken in Gesetzen fest zu schreiben und Erfolge aufzuweisen, die sich sehen lassen und Mut auf mehr machen.

Die im Konventsentwurf der europäischen Verfassung festgelegten Verbesserungen der Rechte des EP müssen ebenso endlich umgesetzt und weiter ausgebaut werden, wie die Einführung von europäischen Volksentscheiden.

Wie die zukünftige EU-25, also die erweiterte Union mit 25 Mitgliedern, funktionieren soll, wissen noch nicht mal die Regierungschefs, es gibt zahllose ungeklärte Fragen wie die Anzahl der Kommissare, die Sitz- und Stimmenverteilung im EP sowie Ministerrat uvm.

Der Erweiterungs- und Vertiefungsprozess der EU ist am 1. Mai 2004 also mitnichten abgeschlossen, sondern verschärft eher den Druck endlich funktionierende und allen Mitgliedsstaaten gerechte Strukturen im Haus Europa zu etablieren.

In diesen Prozess kann immer noch eingegriffen werden, und damit sich Europa mehr in die linke, demokratische Seite verändert und sich nicht die Abschottungs- und Militarisierungsfreunde durchsetzen muss die linke Kraft im EP gestärkt werden.

Deshalb, wer ein friedliches und sozial gerechtes Europa mit mehr Demokratie und mehr Einfluss der BürgerInnen will sollte die PDS wählen, damit die europäische Linkspartei und deren Fraktion im EP sowie die gesamte Bewegung linker Internationalisten gestärkt werden kann.

■ OSKAR KRÜGER

1.Säule (Europäische Gemeinschaften) Zollunion, Wirtschaftspolitik, Verbraucherschutz, Forschung...	→ EP und Ministerrat beschließen von Kommission vorgelegte Gesetze, gelten sofort in EU
2.Säule (GASP) Menschenrechte, Demokratie, (Ab)Rüstung ...	→ Ministerrat und Regierungen legen Rahmen fest, müssen von nationalen Parlamenten umgesetzt werden
3.Säule (Innen- und Justizpolitik) Kampf gegen Drogenhandel, organisierte Kriminalität, Terrorismus ...	→ Europäischer Rat koordiniert Zusammenarbeit, Mitgliedsstaaten entscheiden selbst

Die Rotdornredaktion

• WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN •

• Wir sind eine kleine Gruppe junger Menschen die sich politisch einmischen wollen, weil wir denken, dass es eine Katastrophe wäre, wenn sich an dem kapitalistischen Prinzip, das Wichtigste ist Geld und Profit, nichts ändern würde. Egal welches Politikfeld man betrachtet: Haushaltslage, Standort, Profit der großen Unternehmen stehen bei politischen Entscheidungen über Bedarf, Notwendigem und Menschlichkeit.

• Wir wollen gemeinsam ein profiliertes und ambitioniertes Zeitungsprojekt verwirklichen. Wir verstehen uns als unabhängige, linke Jugendzeitschrift. Dankenswerter Weise finanziert uns die PDS die Druckkosten, so dass wir den Rotdorn kostenlos verteilen können. Da uns die PDS weder beim Inhalt noch beim Layout oder sonst irgendwie bei der Erstellung der Zeitung reinredet, sind wir absolut unabhängig. Jeder „normale“ Journalist muss auf alle möglichen Interessen Rücksicht nehmen (Chefredakteur, Anzeigenkunden ...). Wir haben diese Zwänge nicht.

• Notwendig sind nicht politische Eintagsfliegen und Hau Ruck- Aktionen, sondern ein langer Atem. Wir geben den Rotdorn seit über zehn Jahren heraus und wir sehen keinen Grund, warum es nicht 100 werden sollten.

• Kein Redaktionsmitglied verdient einen Cent für seine Mitarbeit. Alle Entscheidungen werden in der Redaktion demokratisch getroffen. Es gibt keine Hierarchien oder Privilegien.

• Wir haben keinen kurzfristigen, grandiosen Lösungsweg aus dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Schlamassel anzubieten. Wir glauben auch nicht, dass nur wir schlaue Ideen haben und es deshalb nur bei uns Sinn macht, sich politisch zu engagieren. In Wahrheit gibt es viele Möglichkeiten politisch etwas zu verändern und sich einzubringen. Deshalb geben wir auch verschiedenen linken Gruppen die Möglichkeit zur Veröffentlichung.

• Rot - Grün hat sich als linkes Reformprojekt und gesellschaftliche Alternative erledigt. Die dringend notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in Deutschland und in der Welt sind nicht zu erreichen, wenn man politisches Handeln dem Willen der Wirtschaft und kapitalträchtigsten Lobbyverbänden unterwirft, wie es die Regierung durchgängig tut.

• Der Widerspruch zwischen den ehemaligen Grundsätzen der SPD und der Grünen und dem realen Regierungshandeln ist unübersehbar. Damit verbunden ist eine völlige Lähmung der „bisherigen“ Linken, seien es die Gewerkschaften aus Rücksicht auf die SPD oder die ehemalige Friedens- und Antiatomkraftbewegung aus Rücksicht auf die Grünen. Das ist es auch, was die Schröder-Regierung so interessant macht



Karl Liebknecht

für die Unternehmer. Auf der anderen Seite formiert sich eine neue antikapitalistische, außerparlamentarische Bewegung mit völlig neuen Gruppierungen, Ansätzen und Aktionsformen. Dieses Spektrum reicht von den „Zapatistas“ in Mexiko, über die „tute bianche“ in Italien bis zu „attac“ und vielen, vielen anderen Gruppen, die man gar nicht alle aufzählen kann. Wir erklären uns solidarisch mit dieser Bewegung, die gegen die ausbeuterische Globalisierung, gegen kriegsrische Mittel, gegen die Zerstörung unserer Erde und für eine andere Welt, ohne Ausbeutung und Unterdrückung eintritt. Wir verstehen uns als Teil dieser Bewegung.

• Die Widersprüche, die eine neoliberale Politik produziert, werden weiter wachsen und auch der Widerstand gegen sie. Dieser Widerstand muss von links gestärkt und aufgefangen werden, wenn wir nicht

am Ende politische Machthabende ganz anderer Couleur haben wollen, als wir uns heute vorstellen möchten.

• Grundlegende gesellschaftliche Umwälzungen sind nicht möglich, wenn nicht zuvor eine große Mehrheit der Bevölkerung „das Alte“ grundsätzlich in Frage stellt. Momentan ist dies aber nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, der das System grundlegend und grundsätzlich ablehnt. Von daher ist die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die Alternativen zur herrschenden Politik benennt und darstellt, die wichtigste Aufgabe der deutschen Linken in den nächsten Jahrzehnten. Dieser „Kampf um die Köpfe“ ist Voraussetzung für jede grundsätzliche gesellschaftliche Änderung. Mit unserer Zeitschrift, Rotdorn, wollen wir ein in unseren Kräften liegenden Beitrag dazu leisten, den Kampf um die Köpfe aufzunehmen.

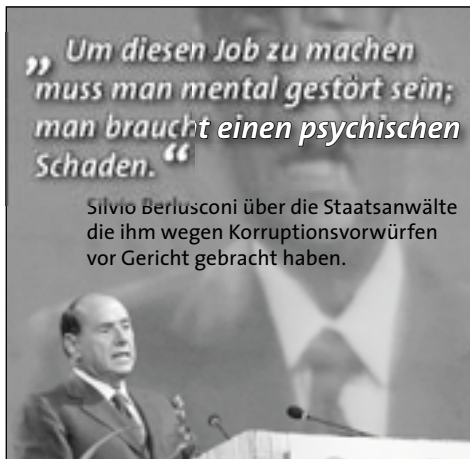
• Außerparlamentarische Arbeit in progressiven Bewegungen ist wichtiger als das Gerangel um Pöstchen und das Finden von parlamentarischen Mehrheiten. Parlamentarisch ist bei der momentanen gesellschaftlichen Lage und den bestehenden Kräfteverhältnissen nichts grundlegendes in diesem Land zu verbessern.

• Die parlamentarische Vertretung der Linken, die PDS, sollte ein Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit sein. Sie sollte das Parlament dazu benutzen alternative Lösungen für bestehende Probleme der Öffentlichkeit darzustellen. Damit dieses überhaupt möglich ist, setzen wir uns für den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag ein.

• Wenn gesellschaftliche Entscheidungen letztlich von dem Profitwillen einiger bestimmt werden, wie wir es momentan in den kapitalistischen Industriemächten erleben, sieht es insgesamt schlecht aus um diese Welt. Wenn das Maß aller Dinge Profit und Geld ist, werden die Probleme der Welt nicht gelöst werden können, sondern sich verschärfen. So ist in 30, 50 oder 70 Jahren ein Überleben auf der Erde nicht gesichert, egal wie die Katastrophe genau aussehen mag. Die Frage Sozialismus oder Barbarei, die schon Rosa Luxemburg stellte, ist daher aktueller denn je. So ist unser politisches Handeln nicht Selbstzweck oder Selbstbefriedigung, sondern der Verantwortung der Erde und unserer Nachkommen gegenüber geschuldet.

Nachdem Italien die europäische Ratspräsidentschaft Anfang Januar 2004 an Irland abgab, scheinen die Verhandlungen um die Europäische Verfassung reibungsloser zu verlaufen. „König Silvio“ ist wieder zu Hause und muß sich dem massiven Protest im eigenen Land gegen seinen neoliberalen Politikstil stellen. Zurück in Brüssel bleiben Fragen, was nun die Ratspräsidentschaft unter Berlusconi gebracht habe. Der Thron des Königs bröckelt, doch wer ist dieser Mensch eigentlich, was macht seinen Politikstil aus?

Reif für die Insel oder Europa?



Silvio Berlusconi – reif für Europa?

Mit Silvio Berlusconi feiert im Mai diesen Jahres ein Regierungschef sein dreijähriges Dienstjubiläum, der bis Ende Dezember 2003 turnusgemäß den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehatte, gegen den aber – auf der anderen Seite – auch lange selbst Sanktionen innerhalb der Europäischen Union diskutiert wurden. Solche Maßnahmen, wie sie einst im Fall Österreich mit der Regierungsbeteiligung der rechts-populistischen FPÖ in Erwägung gezogen wurden, sind allerdings nur dann innerhalb der Staatengemeinschaft der Europäischen Union denkbar, wenn bewiesene Verstöße gegen europäische Vertragsgrundsätze vorliegen. Da im Verhältnis souveräner Staaten grundsätzlich das Interventionsverbot – d. h. die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Staates gilt – hat jeder Staat für sich das Recht, sein eigenes Gesellschaftssystem frei zu wählen. Dies gilt daher trotz der massiven Kritik am Politikstil des Ministerpräsidenten auch für Italien und damit für Silvio Berlusconi. Das Souveränitätsprinzip wird im Rechtsraum Europa allerdings in vielfältiger Hinsicht durchbrochen, denn im Rahmen verschiedenster Verträge und Institutionen – deren wichtigste die Europäische Union, die Europäische Menschenrechtskonvention und der Europarat sind – räumen sich die europäischen Mitgliedsstaaten immer

stärkere Mitspracherechte bis in die Kernbereiche nationaler Souveränität ein. Insbesondere die Europäische Union beschränkt sich schon lange nicht mehr auf eine bloße Wirtschaftsintegration. Da sich jeder Bürger an das von ihr gesetzte Recht halten muß, verfügen die Mitgliedsländer untereinander über das Recht, von ihren Vertragspartnern die Einhaltung von Mindeststandards demokratischer Rechtsstaatlichkeit einzufordern. Im einzelnen zählen dazu die Gewährleistung der Europäischen Menschenrechte und die Verfassungsprinzipien einer offenen Gesellschaft wie etwa die demokratische Legitimation der Staatsführung, die Mehrheitsentscheidungen und der Minderheitenschutz, die Herrschaft des Rechts, die Unabhängigkeit der Justiz und die Grundsätze der Gewaltenteilung. Die EU kann also von ihren Mitgliedsstaaten verfassungsrechtliche Mindeststandards fordern. Die Hauptproblematik offenbart sich allerdings darin, daß ein Land zwar formal mit den EU-Verträgen in Einklang steht, aber in der konkreten Anwendung (oder Nichtanwendung) derselben zeitgleich auch gegen diese verstoßen kann; ein in Italien momentan häufig anzutreffender Befund.

In Sachen Berlusconi sind es u. a. drei Bereiche, in denen ein Verstoß gegen Artikel 7 der EU-Verträge in Betracht kommt: seine Medienmacht, die Instrumentalisierung des Parlamentes und der Eingriff in die unabhängige Justiz.

Berlusconis Medienmacht

Als Unternehmer in die Politik gegangen, um dem Sumpf von Korruption und Bestechung zu bekämpfen, doch selbst aus ihm entstammend, ist Berlusconi Firmeninhaber von „Fininvest“ und „Mediaset“ und betreibt die drei einflußreichsten Privatsender Rete 4, Canale 5 und Italia 1. Als Berlusconi offiziell seinen Eintritt in die Politik verkündete, war er laut Meinungsumfragen bereits die Person, die sich die meisten Italiener als Ministerpräsidenten wünschten, ob-

gleich er keinerlei politische Erfahrung vorweisen konnte. Seit seiner Machtübernahme im Mai 2001 kontrolliert er zusammen mit der „Alleanza Nazionale“ und der „Lega Nord“ dazu noch alle drei Sender der RAI, des öffentlich-rechtlichen Fernsehen Italiens. Nun mag man darüber denken, wie man möchte, doch bedient sich Berlusconi eindeutig unfairer Mittel, um seine politischen Interessen zu artikulieren. Der politische wie unternehmerische Zwiespalt liegt darin, daß er sich nicht von den jeweiligen Posten in den Aufsichtsräten seiner Firmen trennen wollte und mit dem Amt des Ministerpräsidenten zeitgleich seine Funktion als Wirtschaftsmanager und Staatsmann vermischte. Dieser Zustand stellt einen schwerwiegenden Verstoß gegen das europäische Rundfunkgesetz dar, denn der Artikel 7 des EU-Vertrages garantiert in den Mitgliedsstaaten eine pluralistische Rundfunkordnung. Die EU-Mitgliedsstaaten sind aber verpflichtet, in ihrem Land die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß ein Mindestmaß an Informations- und Meinungsvielfalt herrscht.

Mißbrauch des Parlamentes für persönliche Zwecke

Gegen Berlusconi liefen und laufen mehrere Ermittlungsverfahren wegen Untreue, Bilanzfälschung, Korruption, Geldwäsche und anderer Verbrechen. Um Verurteilungen zu entgehen, ändert Berlusconi seit 2001 mit seiner Stimmenmehrheit im italienischen Parlament und dem Senat ein Gesetz nach dem anderen. So beschloß im Oktober 2002 das Parlament ein Gesetz, wonach ein Angeklagter nur beim bloßen subjektiven Verdacht auf Befangenheit der Richter eine Verlegung des Prozesses in eine andere Stadt beantragen kann. Zuvor hatte die Regierungsmehrheit bereits beschlossen, daß Bilanzfälschungen nicht mehr strafbar sein sollen und damit Berlusconi einen weiteren Prozeß vom Halse geschafft. Mit der Stimmenmehrheit der rechtsextremen „Alleanza

Nazionale“ und der separatistischen „Lega Nord“ im Parlament schafft Berlusconi de facto die Geltung des Rechts ab, soweit es seinen privaten Interessen zuwiderläuft. Kritiker von Berlusconi behaupten stets, die Gesetzesentwürfe stammen direkt aus den Anwaltskanzleien von Berlusconis Firmen. Das ist, wenn auch nicht bewiesen, zumindest plausibel, da sämtliche Gesetze, die vor allem den Zweck hatten, Berlusconi vor dem Zugriff der Justiz zu schützen, im wesentlichen von den Anwälten des Ministerpräsidenten verfaßt worden sind. Das Recht dazu haben sie ja, sie sitzen als Abgeordnete der Berlusconi-Partei „Forza Italia“ im italienischen Parlament.

Eingriff in die unabhängige Justiz

Berlusconi sah sich bekannterweise wie oben erwähnt mit einer Reihe von Prozessen konfrontiert. Er und seine Anhänger tun diese allerdings als politische Schikane ab. Im Wahlkampf konnte er durch seine Rechtfertigungsstrategie bei den Wählern punkten und ging in die Offensive. Er fühle sich von einer politisierten Justiz geradezu verfolgt, insbesondere von einer bestimmten Gruppe von Staatsanwälten und Richtern in Mailand. Diese betonten hingegen die Rechtmäßigkeit und Nachprüfbarkeit ihrer Nachforschungen und Anklagen. Berlusconi und seine Medien lassen daher keine Gelegenheit aus, Italiens Richter und Staatsanwälte als „Kommunisten“ und „Rote Roben“ zu bezeichnen. Die Justiz werde ihm nichts anhaben, glaubt Berlusconi zuversichtlich, „nur das Volk“ dürfe über ihn urteilen. Das habe ihn schließlich gewählt. Gegen die Mafia ermittelnde Staatsanwälte entzieht er Personenschutz, mißliebige Richter versucht er mit Hilfe seines Justizministers abzusetzen. Er plant unter anderem zur Disziplinierung der Richter die Einführung eines neuen Straftatbestandes, den des „Fehlurteils“, das mit drakonischen Strafen belegt werden soll. Mit all diesen Einschüchterungsversuchen der Justiz setzt Berlusconi zum Verstoß gegen das Gewaltenteilungsprinzip an. Damit ebenfalls gegen die im Artikel 7 des Europäischen Vertrages festgehaltenen Kernprinzipien des Europäischen Verfassungsstaates.

Der Widerstand in Italien wächst – muss Berlusconi unter Aufsicht der EU?

In Italien des Silvio Berlusconi liegt damit erstmals in der Geschichte der Europäischen Union ein klarer Bruch



europäischer Verfassungsprinzipien vor. Die beachtlichen Proteste und Gegenbewegungen bis hin zum mehrfachen erfolgreichen Generalstreik in Italien, inklusive der Widerstand der Richterschaft sprechen dafür, daß noch Hoffnung in Italien selbst besteht und es nicht zu einer Intervention aus Brüssel oder Straßburg kommen muß. So läßt die italienische Staatsanwaltschaft vom Europäischen Gerichtshof prüfen, ob die selbstverordnete Amnestie Berlusconis durch die Abschaffung des Bilanzstrafrechts mit europäischem Bilanzrecht vereinbar ist. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte könnte eingeschaltet werden, wenn Berlusconi mit seinen Verleumdungsklagen gegen seine Kritiker von der italienischen Justiz Recht bekäme. Mit Silvio Berlusconi wagte ein italienischer Unternehmer den entscheidenden Schritt von der Wirtschaft in die Politik mit dem Anspruch, das Land von dem Regime der „tangentopoli“ zu befreien. „Tangentopoli“ wird in etwa mit „Schmiergeld-Republik“ übersetzt und bezeichnet ein Netz von Bestechung und Korruption, das sich über das ganze Land ausgebreitet hatte.

Daß er allerdings selbst diesem Sumpf der Korruption entstammt, indem er als Medienunternehmer über Jahre mit Dekreten und Gesetzen u. a. von seinem besten Freund – dem Sozialistenchef Bettino Craxi – bevorzugt wurde,

verdeutlichen die vielen Strafanzeigen, denen er sich stellen mußte und sich noch zu stellen hat. So wurde Berlusconis Regierungsübernahme von einer Flut publizistischer wie politikwissenschaftlicher Literatur kommentiert, die durch seine Medienmacht den Wandel der italienischen Demokratie vorhersahen. Betont werden muß daher, daß es der Europäischen Union im Falle Italiens nicht per se gegen Berlusconi geht, sondern für eine Einhaltung der europäischen Vertragsgrundsätze, auch wenn besonders betont werden muß, daß er Postfaschisten und Mussolini-Anhänger an die Macht verhalf. Berlusconi müßte die diversen Rechtsrücke abstellen und könnte dann weiterhin sein politisches Programm verfolgen, unabhängig von der politischen Wertung, die sich der EU enthält. Da dieses noch nicht sichtbar wird, verdient in dieser Hinsicht das „Phänomen Berlusconi“ weiterhin kontinuierlich beobachtet zu werden.

■ PATRICE

info

„Berlusconi und das EU-Recht“
von Christoph Palme in: „Blätter für deutsche und internationale Politik“, Ausgabe April 2003

„Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz“
von Bernd Rill (Hrsg.): , Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen Nummer 37, Hanns-Seidel-Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, abrufbar unter:
www.hss.de/downloads/argumente_materien_37/Italien_im_Aufbruch.pdf

VOR ZEHN JAHREN BEGANN IN MEXIKO DER ZAPATISTISCHE AUFSTAND

„Wir sind die rebellische Würde!“

„Wir sind eine Armee von Träumerinnen und Träumern“, „wir kämpfen, um überflüssig zu werden“, „wir sind wenige, aber wir sind groß“ – so charakterisieren sich die Zapatistas selbst. Zehn Jahre nach Beginn des Aufstands im süd mexikanischen Bundesstaat Chiapas gilt es, Bilanz zu ziehen.

„¡YA BASTA!“ (Es reicht!) – mit dieser Kriegserklärung gegen Regierung, Armut, Großgrundbesitzer, Ausbeutung und Rassismus alarmierte die Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) am 1. Januar 1994 die überraschte Weltöffentlichkeit und die mexikanischen Eliten, als diese den Eintritt Mexikos in die „Erste Welt“ mit dem Inkrafttreten des neoliberalen Freihandelsabkommens NAFTA zwischen Kanada, USA und Mexiko feiern wollten. Es kam anders. Es folgten zwölf Tage Bürgerkrieg und eine exzessive Militarisierung von Chiapas. Und diese Guerilla? Sie war so anders als die bekannten lateinamerikanischen Vorgängerinnen. Sie hatte vom dogmatischen marxistisch-leninistischen bzw. maoistischen Diskurs abgelassen, denn die Kleingruppe, die am 17. November 1983 die EZLN gegründet hatte, zeigte sich glücklicherweise flexibel und lernte von den Indígenas vor Ort.

Basisbezug

Daraus entwickelte sich der basisdemokratische und anti-avantgardistische Anspruch, den die Bewegung bis heute hat. Ihre comunicados verfassen sie in poetischer Sprache, so dass sie sowohl Intellektuelle entzücken als auch von Bevölkerungsgruppen verstanden werden, die kaum Zugang zur Alphabetisierung haben. Für die EZLN gibt es keinen „Hauptwiderspruch“ (Kapital vs. Arbeit) wie bei dogmatischen Marxisten, sie sieht die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse in einem Komplex aus Kapitalismus, Rassismus, Sexismus, Dominanzkultur u. v. a. und fordert nicht weniger als „Alles für Alle!“ oder „Eine Welt, in der viele Welten Platz haben!“.

Ihr „verrücktes“ (O-Ton EZLN) Auftreten hat eine globale Welle der Sympathie unter denjenigen, die sich nicht weiter mit den neoliberalen „Sachzwängen“ abfinden wollten, entfacht, die bis heute anhält. In Mexiko selbst motivierte die

EZLN viele soziale Organisationen und sogar Teile der politischen Parteien zu einem demokratischen Aufbruch.

Mobilisierungs-Guerilla



Seit Februar 1994 ist die EZLN nicht mehr militärisch aktiv gewesen, sie hat allerdings noch ihre Waffen. Stattdessen hörte sie der von ihr so bezeichneten „Zivilgesellschaft“ zu, d. h. den Sektoren der Gesellschaft, die sich für emanzipatorische Prozesse einsetzen, und wurde eine Bewegung, die am ehesten als Mobilisierungs- und Kommunikations-Guerilla verstanden werden kann. So führten die Zapatistas mehrere consultas (Basisumfragen), zahlreiche Protestmärsche und Demonstrationen sowie die berühmte Karawane „Der Marsch der Farbe der Erde“ nach Mexiko-Stadt durch, um die Militarisierung des Aufstandsgebietes zu beenden und Rechte für die Indígenas einzufordern. Doch dies ist nur der Teil, der oberflächlich sichtbar ist.

De-facto-Autonomie

Einer der größten „Verdienste“ der EZLN ist sicherlich die Ermöglichung des Aufbaus autonomer Strukturen. 1996 hatten Regierung und EZLN die Abkommen von San Andrés über indigene Selbstverwaltung, Rechte und Kultur unterzeich-

net, die keine Regierung bis heute umgesetzt hat. Daher brach die EZLN alle Kontakte mit Regierung und politischer Klasse ab und baute eine „Autonomie ohne Erlaubnis“ in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Wirtschaft, Verwaltung, Rechtsprechung etc. auf. Und diese Strukturen, die im August 2003 in der Ausrufung der fünf „Juntas der Guten Regierung“ (in Abgrenzung zu „schlechten“ offiziellen Regierungen) gipfelten, wurden von der eigenen sozialen Basis gestaltet, die zu über 90 Prozent aus Indígenas besteht. Die EZLN ist inspirierende Ideengeberin, Schutztruppe, Organisatorin, Integrationskraft und Pressemagnet. Doch die Arbeit leistet nicht nur die EZLN, ihre berühmte comandancia und ihr wortgewandter Sprecher Subcomandante Marcos – auch wenn ihre Leistungen nicht zu unterschätzen sind –, sondern vor allem die vielen Unterstützungsbasen, in denen überwiegend Tzeltal-, Tzotzil-, Tojolabal- und Chol-Indígenas leben. Zu unterschätzen ist ebensowenig die mexikoweite und globale Solidaritätsbewegung.

Aufstandsbekämpfung

Seit 1994 muss die zapatistische Bewegung, die Ende der 90er Jahre von der Regierung auf ca. 500 000 Personen geschätzt wurde (andere Quellen nennen höhere Zahlen), einen „Krieg niedriger Intensität“ ertragen, der aus Militärpräsenz, paramilitärischem Terror, Korruptionsversuchen durch staatliche „Hilfsprogramme“ und Desinformationskampagnen besteht. Hunderte Todesopfer sind auf Seiten der oppositionellen Bevölkerung zu beklagen.

Veränderungen ohne Machtübernahme

Die Zapatistas sind eine neuartige Bewegung, weil sie die Macht nicht übernehmen wollen, sondern durch Dauermobilisierungen von unten eine Gesellschaft schaffen wollen, in der jede Regierung „gehorchend regiert“, d. h. Regieren lediglich verlässliches Koordinieren bedeutet. In der europäischen Wahrnehmung ist dies am ehesten mit einer Räte Demokratie zu vergleichen, in der die Stimmen für FunktionsträgerInnen immer nur „geliehen“ sind und jederzeit zurückgezogen werden können. Diesen hohen und schwierigen



„Danke Mexiko“: Subcomandante Marcos, charismatischer Repräsentant der EZLN während des „Marcha Zapatista“

Anspruch versuchen die Zapatistas in ihren autonomen Regionen zu verwirklichen, es bleibt abzuwarten, wie sich dieses Experiment entwickelt.

Frauenrechte

Innerhalb der zapatistischen Bewegung spielen die Frauen eine enorm wichtige Rolle. Sie konnten 1993 gegen den Widerstand ihrer männlichen Genossen „Revolutionäre Frauengesetze“ durchsetzen, die den Frauen basale Rechte zusichern sollen – ein Novum im ländlichen und indigenen Mexiko. Die Forderungen der Frauen sind keineswegs erfüllt, aber viele Frauen sind auf dem Weg und kritisieren ihre eigenen Compañeros weiterhin – auch vor laufenden Kameras der Weltöffentlichkeit.

Globaler Widerstand

Die EZLN gilt zurecht als eine Mitinitiatorin der weltweiten Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und rief 1996 während des „Treffens gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit“ in Chiapas, an dem über 3 000 Menschen aus über 40 Staaten teilnahmen, zur Bildung einer „Internationale der Hoffnung“ auf, die kein Zentrum haben und aus einem horizontalen Netzwerk gleichberechtigter Bewegungen bestehen soll, die sich lokal auf ihre eigene Weise organisieren. Viele Gruppen nahmen diesen Aufruf an und so veränderte sich auch ein früher oft eindimensionaler Solidaritätsbegriff in der Hinsicht, dass z. B. Menschen aus reichen Staaten verstärkt lokal – im Herzen der Bestie – kämpfen (wollen), wenn sie sich als Teil dieses emanzipatorischen Netzes verstehen.

2002 kritisierte die EZLN fundamental den ausbeuterischen und unterdrückerischen Irak-Krieg unter

Führung der US-Regierung, wobei jedoch auch differenziert z. B. auf die Interessen Europas oder die Antikriegsbewegung in den USA eingegangen wurde.

Lektionen für uns

Es gibt spannende Ansätze in der zapatistischen „Philosophie“ (auch wenn diese gar nicht existieren möchte) und ihrer Praxis, die wir uns in Ruhe ansehen sollten, denn vielleicht können wir einiges daraus lernen. Selbstverständlich ist nichts einfach übertragbar.

- Ihr Motto „fragend gehen wir voran“ spiegelt ihre undogmatische, nicht-statische Politikform, die auf kollektivem Ausprobieren, Reflektieren, Diskutieren und Transformieren basiert.
- Ihre politische Maxime „gehorchend regieren“ impliziert die permanente Verpflichtung jeglicher FunktionsträgerInnen gegenüber der jeweiligen Basis.
- Ihre öffentliche Selbstkritik hält die Bewegung wach, offen und verbesserungsfähig.
- Ihre Ablehnung von Sektierertum ermöglicht breite Bündnisse, gleichzeitig gibt es keinerlei Kollaboration mit den Eliten.
- Ihre verständliche Sprache macht es der „Normalbevölkerung“ möglich, ihren Kampf mitzuverfolgen und einzuschätzen.

Unterstellungen und legitime Kritik

„Professionelle Gewalttäter, gesteuert aus dem Ausland“, so lautete die Propaganda-Lüge des damaligen mexikanischen Präsidenten Salinas. „Reformisten“, beeilten sich dogmatische Linke aus Mexiko und der Welt. „Die dichten ja, anstatt zu schießen“, beklagten Guerilla-Fans. „Die müssen endlich eine

Partei werden“, jammerten die ReformistInnen. „Die allmächtige comandancia, der omnipräsente Sub“, äußerten MexikanerInnen und InternationalistInnen in kritischer Solidarität. „Können die ihre hohen Ansprüche überhaupt einhalten?“, wird zurecht immer wieder gefragt. „Es gibt auch andere Widerstände in Mexiko“, erinnern KennerInnen der Lage. „Es gibt immer noch zu viele Machos“, stellten einige Frauen richtig klar. Die größte Fehleinschätzung lieferten aber einige wenige Deutsche, die der EZLN „völkischen Nationalismus“ im europäischen Sinne (d. h. rassistisch-ausschliessend-dominant-etc.) unterstellten. Wer Texte und Geschichte der EZLN verfolgt, versteht wie eurozentristisch und absurd dieser Vorwurf ist.

Die Zapatistas sind kein unproblematisches Phänomen, sie sind teilweise widersprüchlich und schon gar nicht rein anarchistisch – aber sie haben in der Tat viel erreicht und versuchen weiter, an sich zu arbeiten!

Offenes Ende oder die nächste Überraschung kommt bestimmt

Bisher ist es EZLN und Umfeld immer wieder gelungen, die Initiative zu ergreifen und die Obrigkeit aber auch die kämpferischen Teile der Gesellschaft herauszufordern. Nach zehn Jahren Aufstand steht eines fest: Die zapatistische Bewegung ist authentisch, konsequent, bescheiden und ehrlich. Nie hat sie Geschenke oder Geheimabkommen der Regierung angenommen. Trotz aller „klugen“ Voraussagen diverser Intellektueller aus Mexiko und Europa ist sie weder zu einer politischen Partei geworden noch verschwunden, obwohl sie sich klassischen Politikmustern stets entzogen hat.

Wir sollten diese Bewegung, eines der größten aktuellen sozialen Experimente mit libertären Tendenzen und mit einer erfreulichen Abneigung gegen herkömmliche politische Institutionen, weiterhin solidarisch (und immer auch kritisch fragend!) begleiten.

Im Moment gilt es jedoch vor allem, einen „Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!“ und „Alles Gute!“ zu wünschen. Viele Menschen in Mexiko und der Welt feiern dieser Tage die zapatistische Hoffnung. Feiern wir mit!

¡VIVA EL MOVIMIENTO ZAPATISTA!
■ DIE REISENDEN DER GRUPPE B.A.S.T.A.

internet

www.gruppe-basta.de

Eine andere Welt ist nötig!

- ▶ Alle sieben Sekunden stirbt ein Kind auf der Welt an Hunger.
- ▶ Tag für Tag sterben ungefähr 100 000 Menschen an Hunger.
- ▶ Bei dem gegenwärtigen Stand der landwirtschaftlichen Produktion könnten rund zwölf Milliarden Menschen ernährt werden. Das sind doppelt so viele Menschen, wie gegenwärtig auf der Erde leben.
- ▶ Das Vermögen von Bill Gates (Microsoft-Chef) ist genauso groß wie das der 106 000 000 (106 Millionen) ärmsten US-Amerikaner.
- ▶ Das Vermögen der 15 reichsten Menschen in aller Welt übertrifft das Bruttoinlandsprodukt aller Länder des subsaharischen Afrika (außer Südafrika).
- ▶ Über 40 Prozent der Militärausgaben in aller Welt entfallen auf die USA.
- ▶ Die 225 größten Privatvermögen der Welt belaufen sich insgesamt auf 1000 Milliarden Dollar. Diese Summe entspricht der Summe aller Einkünfte eines Jahres der 2,5 Milliarden ärmsten Menschen, die rund 40 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen.
- ▶ Der Umsatz jeder einzelnen der 100 mächtigsten transnationalen Privatgesellschaften der Erde übertrifft den Gesamtexport der 120 ärmsten Länder.
- ▶ Die 200 mächtigsten multinationalen Gesellschaften kontrollieren 23 Prozent des Welthandels.
- ▶ Die ärmsten 20 Prozent der Weltbevölkerung teilen sich einen Prozent des weltweiten Einkommens.
- ▶ Die Länder der sogenannten Dritten Welt (85 Prozent der Weltbevölkerung) machen nur 25 Prozent des pharmazeutischen Weltmarktes aus. An Malaria ist 2001 alle 30 Sekunden ein Kind gestorben.
- ▶ Im Jahre 2000 verwahrten 375 Schweizer Banken in ihren Tresoren Privatvermögen in Höhe von 2000 Milliarden Euro.
- ▶ Etc. etc. ...

[Diese Welt muss **verändert** werden!

Mach mit bei der globalisierungskritischen Bewegung!]

■ SK

anzeige



Hammer, Zirkel, Davidstern

„Wir bitten die Juden in aller Welt um Verzeihung. Wir bitten das Volk in Israel um Verzeihung für Heuchelei und Feindseligkeit der offiziellen DDR-Politik gegenüber dem Staat Israel und für die Verfolgung und Entwürdigung jüdischer Mitbürger auch nach 1945 in unserem Land. [...] Wir erklären, uns um die Herstellung diplomatischer Beziehungen und um vielfältige Kontakte zum Staat Israel bemühen zu wollen.“

Diese offizielle Erklärung der letzten Volkskammer der DDR aus dem Jahre 1990 resümiert in fünf Zeilen die historischen Tabus des anderen deutschen Staates im Umgang mit Judentum und Israel. Die Berliner HU-Wissenschaftlerin Angelika Timm hat in ihrem Quellenreichen Buch „Hammer, Zirkel, Davidstern – das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel“ profunde recherchiert und abgewogen geurteilt. Wenn es die Aufgabe der Historiker ist, ihre Mitbürger an Fakten zu erinnern, die jene zu vergessen wünschen, wie Eric Hobsbawm einmal formulierte, dann hat Timm auf einprägsame Weise ein ganzes Kapitel der DDR-Geschichte der Vergessenheit entrissen.

■ MARIAN KRÜGER



Alle Zahlen sind dem sehr lesenswerten Buch von Jean Ziegler „Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher“ (2002) entnommen.

„Die Freiheit ist nur ein eitles Hirngespinnst, wenn eine Klasse die andere ungestraft aushungern kann. Die Gleichheit ist nur ein eitles Hirngespinnst, wenn der Reiche mithilfe seines Monopols über Leben und Tod seiner Mitmenschen entscheidet.“

Priester Jacques Roux vor dem Pariser Konvent am 25. Juni 1793



Leider war es uns aus Platzgründen nicht möglich, die ausführliche Rezension zu drucken. Natürlich steht diese aber für interessierte Leser in unserem Online-Archiv.

Übrigens sind noch ein paar Restexemplare des hier vorgestellten Buches sehr preisgünstig (für 9,95 €) bei www.amazon.de zu erwerben!

KRIEGSAKADEMIE IN PANKOW ERÖFFNET

Schröder outet deutsche Kriegsgelüste

Am 19. März eröffnete Bundeskanzler Schröder den neuen Sitz der Bundesakademie für Sicherheit im Pankower Schloss. Das altherwürdige Gebäude, dass Friedrich II für seine Frau erbauen ließ, um sich ihrer zu entledigen, dient nun als Sitz der bisher weitgehend unbekannten Akademie. Nach den Ausführungen des Bundeskanzlers ist ihre Aufgabe, neues strategisches Denken in der Sicherheitspolitik anwendbar zu machen (Rede nachlesbar unter: www.baks.com/baksaktuell.htm). Mit der deutschen Einheit seien die Koordinaten für die deutsche Sicherheitspolitik tiefgreifend verändert worden. Zuvor war es Konsens beider deutscher Staaten, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen dürfe. Dieses hat sich bereits mit dem Angriffskrieg auf Jugoslawien 1999 geändert.

Um deutsche Interessen zu vertreten, reiche eine Ausrichtung auf die Verteidigung der Grenzen mit militärischen Mitteln nicht mehr aus, so Schröder. Der Kanzler wird aber noch deutlicher: „Deutschland muss in den Stand kommen, noch effizienter auch mit militärischen Mitteln zur Beilegung oder Verhinderung von Konflikten beitragen zu können. Und zwar überall dort, wo deutsche und gemeinsame Interessen berührt sind. Bereits heute sind 8.000 Soldaten der Bundeswehr im Ausland – auf drei Kontinenten – eingesetzt.“ Verblüffend wie offen der Staatschef deutsche Kriegeseinsätze im Ausland fordert, überall dort wo deutsche Interessen in Gefahr sind.

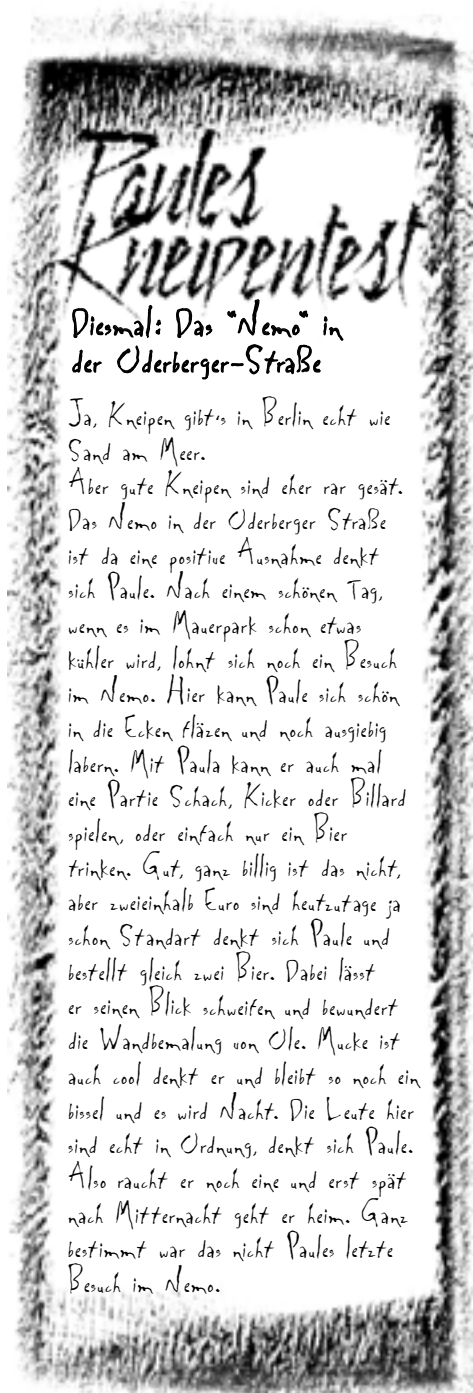
Dabei schloss er ausdrücklich sogenannte Präventivkriege nicht aus: „Deutschland als wichtiger Akteur in der Mitte Europas bekennt sich zu seiner ... Verantwortung, Konflikte und Bedrohungen zu begrenzen oder zu verhindern, bevor deren Auswirkungen Deutschland und seine Bürger erreichen. ... Prävention schließt rechtzeitige militärische Intervention nicht aus.“ Wie das dann aussehen kann, hat das amerikanische Imperium im Irak vorgemacht. Um angeblich seine Bürger vor Massenvernichtungswaffen, die bis heute nicht gefunden wurden, zu schützen wurde quasi präventiv der Irak angegriffen und besetzt. Dies will sich auch Deutschland vorbehalten. Der angebliche Schutz der Bürger vor einer Gefahr, die eventuell eintreten könnte (egal wie stichhaltig die Beweise sind), kann als Vorwand für alles genommen werden.

Mit seinen klaren unverblühten Aussagen entlarvte Schröder zur Eröffnung der Kriegsakademie in Pankow einmal mehr seine angebliche Friedensliebe im Zusammenhang mit dem Irak. Inwieweit die Arbeit der Kriegsakademie als Symbol deutscher Kriegsgelüste ernsthaft behindert werden kann, wird vor allem davon abhängen, inwieweit es gelingt, die Bürger über die „höchste sicherheitspolitische Ausbildungsstätte“, (Schröder) zu informieren und gegen sie zu mobilisieren.

■ SK

internet

www.baks.com (offizielle Seite der Akademie)



Diesmal: Das "Nemo" in der Oderberger-Straße

Ja, Kneipen gibt's in Berlin echt wie Sand am Meer. Aber gute Kneipen sind eher rar gesät. Das Nemo in der Oderberger Straße ist da eine positive Ausnahme denkt sich Paule. Nach einem schönen Tag, wenn es im Mauerpark schon etwas kühler wird, lohnt sich noch ein Besuch im Nemo. Hier kann Paule sich schön in die Ecken fläzen und noch ausgiebig labern. Mit Paula kann er auch mal eine Partie Schach, Kicker oder Billard spielen, oder einfach nur ein Bier trinken. Gut, ganz billig ist das nicht, aber zweieinhalb Euro sind heutzutage ja schon Standart denkt sich Paule und bestellt gleich zwei Bier. Dabei lässt er seinen Blick schweifen und bewundert die Wandbemalung von Ole. Mücke ist auch cool denkt er und bleibt so noch ein bisschen und es wird Nacht. Die Leute hier sind echt in Ordnung, denkt sich Paule. Also raucht er noch eine und erst spät nach Mitternacht geht er heim. Ganz bestimmt war das nicht Pauls letzte Besuch im Nemo.

anzeige

100 Jahre Arbeiterjugendbewegung in Deutschland

Stationen

- 1904 Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Mannheim gegründet
- 1918 (5. Mai) Antikriegskundgebung von 2000 Jugendlichen im Wald bei Stolpe
- 1954 Einweihung eines Gedenksteins im Stolper Wald

8. Mai 2004

11.00 Uhr Treff am Stolper Stein mit Subbotnik, Erinnerung, Musik und Grill

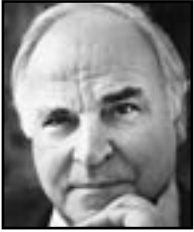
Eingeladen sind: Die Falken aus Berlin und Brandenburg, solid, Jugendliche aus Reinickendorf, Oberhavel u.a.,

anschließend ins Jugendzentrum Hohen Neuendorf

Zum Jubiläum wollen wir eine Brücke zwischen Gestern und Heute, Alt und Jung, Tradition und Neuem schlagen.

Arbeitskreis B96 und B96a in & bei der PDS

AK B96 PDS



Helmut Kohl:
„Ein kräftiger Beschäftigungsaufschwung in Deutschland ist natürlich möglich.“



Gerhard Schröder:
„Wir wollen das Ziel nicht aufgeben, dass jeder, der arbeiten kann und will, dazu auch die Möglichkeit bekommt.“



Edmund Stoiber:
„... dann müssen wir dafür sorgen, dass alle, die arbeiten können und wollen, auch tatsächlich Arbeit erhalten.“

Das Ende der Vollbeschäftigung

Arbeitslosigkeit – die alten Weisheiten stimmen nicht mehr. Zum Beispiel: wenn die Konjunktur nur wächst, gibt es mehr Beschäftigung. Die Daten sprechen eine ganz andere Sprache: Was zehn Arbeiter vor zwei Jahren produzierten, schaffen heute neun. Und dennoch sagen deutsche Politiker: Wir müssen mehr arbeiten, also 40 Stunden-Woche. Länger arbeiten, also Renteneintrittsalter bei 67 usw.

Dabei ist längst klar: Unsere Arbeitsgesellschaft ist dabei, sich zu verändern. Fundamental. Ihr geht die Arbeit aus. Ende einer Epoche. Was wir jetzt brauchen sind nicht nur olle Parolen, sondern ein neues kühnes Denken. Demnächst werden wir ganz selbstverständlich unterscheiden zwischen der bezahlten Erwerbsarbeit, die abnimmt, und anderen nützlichen Tätigkeiten, die zunehmen.

Das meinen renommierte Zukunftsforscher und Geisteswissenschaftler:

Prof. Ralf Dahrendorf:

„Wir sind in einer Epoche, in der das, was man früher ‚Beruf‘ nannte, und das, was manche also ‚Normalarbeitsplätze‘ nennen, in abnehmendem Maße nötig sind, um das zu produzieren und auch sogar unter die Leute zu bringen, was wir wollen und was wir brauchen.“



Prof. Ulrich Beck, Universität München

Prof. Ulrich Beck:

„Die Politik, die Parteien, gaukeln uns die Vorstellung vor, man muss an ein paar Hebeln drehen, ein bisschen bittere Medizin, dieses oder jenes schlucken, und das Paradies der Vollbeschäftigungsgesellschaft wird wieder entstehen.“

Das finde ich fatal. Wir lügen uns alle in die Tasche! Es wird eine Transformation geben, und das Zentrum, das Lebenszentrum, übrigens gerade in Deutschland – in anderen Ländern ist das nicht im selben Maße der Fall – wird nicht mehr nur die Erwerbsarbeit sein können.“

Das ist nicht nur Theorie. Die neue Realität spürt auch Baustellenleiter Georg Meissner. Er weiß, dass kaum noch neue Jobs entstehen. Er weiß, was Globalisierung heißt: nicht nur der Waren, sondern eben auch der Arbeit.

Georg Meissner, Baustellen-Leiter:

„Man sieht ja, wie viel zigtausende Kollegen arbeitslos sind, und es tut sich aber nichts, ne? Und mittlerweile ist es ja schon so weit, dass der eigene, dass der Slowake, der hier nach Deutschland kommt zu arbeiten oder der Pole in seinem eigenen Land zu teuer ist und von hinten her, von hinten herein dann der Russe oder der Rumäne dringt. Also ist es eine Gesellschaft, wo wir reinschlittern, das kann man nicht mehr beschreiben dann auch, ne? Und es wird auch, ja es wird die Arbeit wird immer weniger sein.“

Made in Germany – das war einmal. Die Industrie produziert dort, wo Arbeitskraft billig ist. Ganze Fabriken werden verlagert, wandern über den Globus.

Prof. Ulrich Beck:

„Man dachte ja immer, wenn die Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut wird, dann kommen neue Arbeitsplätze in der Dienstleistungsbranche, und die Dienstleistungsgesellschaft ist sozusagen die Hoffnung, das, was danach kommt. Wenn wir gerade die aktuellen Nachrichten hören über die Arbeitslosigkeit, dann haben wir auch einen radikalen Einbruch in der Dienstleistungsgesellschaft, die Dienstleister bauen auch die Arbeitskräfte ab. Wir wissen das, wie die Banken, wie die Versicherungen, die Kaufhäuser, überall wird es eigentlich leer von Arbeit, denn die Arbeitsplätze werden automatisiert.“



Prof. Ralf Dahrendorf, London School of Economics

Dienstleister wie der Optiker Karlheinz Augendübler halten sich. Noch. Aber Familienbetriebe wie seiner werden seltener. Sogar das qualifizierte Handwerk verliert gegen die Massenproduktion. Die Zukunft ist ungewiss, auch für Fachleute.

Karlheinz Augendübler, Optiker:

„Logischerweise macht es also Angst, in 20 Jahren keine Arbeit mehr zu haben. Es macht mir Angst auch für meine Kinder, die dann in 20 Jahren nicht mehr Optiker sein dürfen, weil eben halt das unmodern ist. Wenn ich mir überlege, in meiner Jugend gab es an jeder Ecke einen Schuhmacher, oder Schuster haben wir früher gesagt, es gab überall einen Juwelier, es gab einen Goldschmied, es

gab einen Uhrmacher, das ist also heute alles weg. Und das macht mir also schon Angst, dass wir also dann alles weghaben, das, was also Handwerk bedeutet, und diese Sache, womit wir uns identifiziert haben früher, wird in 20 Jahren wahrscheinlich weg sein.“

Angst macht eine Zukunft ohne Arbeit, weil Erwerbsarbeit nach wie vor alles bestimmt. Sie sorgt auch für ein Wohlfühl, für Selbstachtung, für Identität.

Ellen Paulus, Software-Expertin:

„Ich lebe auch, um zu arbeiten. Also, die Arbeit macht mir großen Spaß. Sie strukturiert mein Leben, sie lässt mich am gesellschaftlichen Leben teilhaben, sie erfüllt mich auch und sie befriedigt mich.“

Tiefe Verunsicherung, wenn man keine Arbeit hat. Eine dürre statistische Zahl: Arbeitslose Männer sind sieben Mal anfälliger für psychische Störungen, Frauen drei Mal. Das Selbstwertgefühl kommt ins Wanken. Arbeit, das ist das Gefühl, gebraucht zu werden.

Prof. Ulrich Beck:

„Es ist offenbar – auch in der DDR war das übrigens noch massiver so –, dass Deutschland insbesondere über den Beruf die Identität des Einzelnen, den Status, das Einkommen, aber eben auch das Selbstbild, das Gefühl, einen Wert zu haben für andere, repräsentiert bekommt. Man wird anerkannt, man beginnt, sich als Mitglied der Gesellschaft zu fühlen und damit auch einen persönlichen Wert zu haben.“

Was passiert, wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht? Zukunftsforscher glauben, dass wir unsere Einstellung zur Arbeit ändern müssen. Dass Arbeitslosigkeit nicht zu privaten Krisen, zu sozialen Konflikten führen muss. Dass neben Erwerbsarbeit auch andere Tätigkeiten Sinn geben – wenn jeder Bürger materiell abgesichert ist. Das Instrument: eine staatliche Grundsicherung oder Bürgergeld.

Prof. Ralf Dahrendorf:

„Eine Grundausstattung muss für alle garantiert sein. Ein Fußboden muss da sein, unter den niemand kommt, durch den niemand durchfällt, und das ist eine Aufgabe der Gemeinschaft als ganzer.“

Prof. Ulrich Beck:

„Das Wichtigste ist, dass man sozusagen eine Basissicherheit hat. Deswegen

komme ich darauf immer wieder zurück. Und die muss erwartbar sein, dann kann man auf dem Hintergrund große Unsicherheiten und alle möglichen Flexibilitäten und Einbrüche sowohl biographisch wie auch in der Familie verkraften. Dann wird es auch möglich, Kinder in die Welt zu setzen, weil man Arbeiten plötzlich miteinander koordinieren kann.“

Was bis heute meist Privatsache ist oder nur geringfügig entlohnt wird, wäre dann die „neue Arbeit“, über Bürgergeld finanziert. Also Elternarbeit, Krankenfürsorge, Nachbarschaftshilfe. Frei gewählte Tätigkeit. Arbeitslosigkeit wäre ein Begriff von gestern.



Prof. Ralf Dahrendorf:

„Es sollte zweifellos die freiwillige Tätigkeit gefördert werden, das kann auf vielerlei Weise geschehen. In England hat der Finanzminister in den letzten Jahren vieles getan zu dem Zweck, z. B. Unternehmen entlastet, wenn sie selber Beschäftigte für ganze Tage freigeben für freiwillige Tätigkeit. Also, ein Unternehmen, die kriegen dann Steuerentlastung dafür, dass sie ihren Beschäftigten erlauben, sagen wir drei Tage im Monat sich freiwilligen Tätigkeiten ihrer eigenen Wahl hinzugeben.“

Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Weniger Erwerbsarbeit, mehr Freizeit. Der Koch Axel Gebauer wüsste die zusätzliche freie Zeit sinnvoll zu nutzen.

Axel Gebauer, Koch:

„Wenn ich mehr Zeit hätte, aber die habe ich ja leider nicht, weil man ja nur am arbeiten ist und das fast an einem

Stück, würde ich gerne den Obdachlosen helfen. Den Obdachlosen, einen Obdachlosen oder mehrere an die Hand nehmen und sagen: Da geht's lang, Jungs – oder Mädels –, zeigen, was sie machen müssen mit ihrer Zeit, wie sie durchs Leben kommen am besten.“

Aber wer bezahlt ein Bürgergeld? In Zukunft sind zunächst die Unternehmen mehr gefordert. Produktivität, Wirtschaftswachstum vermehren sich auch ohne die Arbeit der Vielen. Gewinne werden jetzt von Maschinen und Computern geschaffen. Bisher hängen die Staatskassen vor allem von der Einkommensteuer, also der Arbeit ab. Neue Quellen müssten erschlossen werden.

Prof. Ralf Dahrendorf:

„Wo wird heute der Mehrwert produziert? Er wird produziert in Unternehmen, die hoch technisiert sind, kaum Arbeitskräfte brauchen oder jedenfalls nur eine sehr begrenzte Zahl. Und ich halte es nicht für illegitim, dann die Frage zu stellen, ob nicht die Unternehmen, die in dieser Lage sind, in stärkerem Maße eine Quelle der Finanzierung der solidarischen Leistungen sein sollten.“

Hobbys, soziales Engagement, lebenslange Weiterbildung und entlohnte Arbeit – die Grenzen verwischen. Wenn die Erwerbsarbeit nicht mehr Dreh- und Angelpunkt ist, wird auch der Einzelne freier. Die Bürgergesellschaft löst die Arbeitsgesellschaft ab.

Prof. Ulrich Beck:

„Ich weiß auch nicht, warum die Politiker nicht den Mut haben, eine solche Debatte zu eröffnen. Ich glaube, viele wären erleichtert und auch, sähen eine neue Perspektive, wenn man nicht mehr nur auf Erwerbsarbeit sich konzentrieren müsste. Und das würde auch der Politik diesen, ja diesen fatalen Verzweiflungscharakter – man hat das Gefühl, die sind völlig verzweifelt, die müssen sozusagen nehmen die letzten Strategien, die gar nicht mehr plausibel sind, propagieren, die nehmen sie wieder zurück, und machen dabei eine enorme Turbulenz, ohne wirklich substantiell die Fragen zu lösen.“

Dieser Text basiert – leicht gekürzt und modifiziert – auf einem Manuskript der Sendung „Monitor“. Der Beitrag von Sonia Mikich, Kim Otto und Tatjana Kasprzyk wurde am 29. Januar ausgestrahlt.

internet

www.monitor.de

[Rücke 10 Felder vor]

nehmen Euro vom letzten Arbeit-
tagst du dir zurück, und zwar von
der höchstpersönlich! Taschen-
zahl lohnt sich doch und du schreibst
hagemut voran.

Praxisgebühr

Blau

Mensch ärgere

3.4.2
BER

Team

Heinz-
musika
Gwer
liche
Hause

[Zurück]

Samstagsnachmittag

Solidarisch wartest du auf die Kollegen,
die haben aber erst später Feierabend,
und die Arbeitszeit erhöht.
[einmal aussetzen]

Team Gelb

Heuchelei

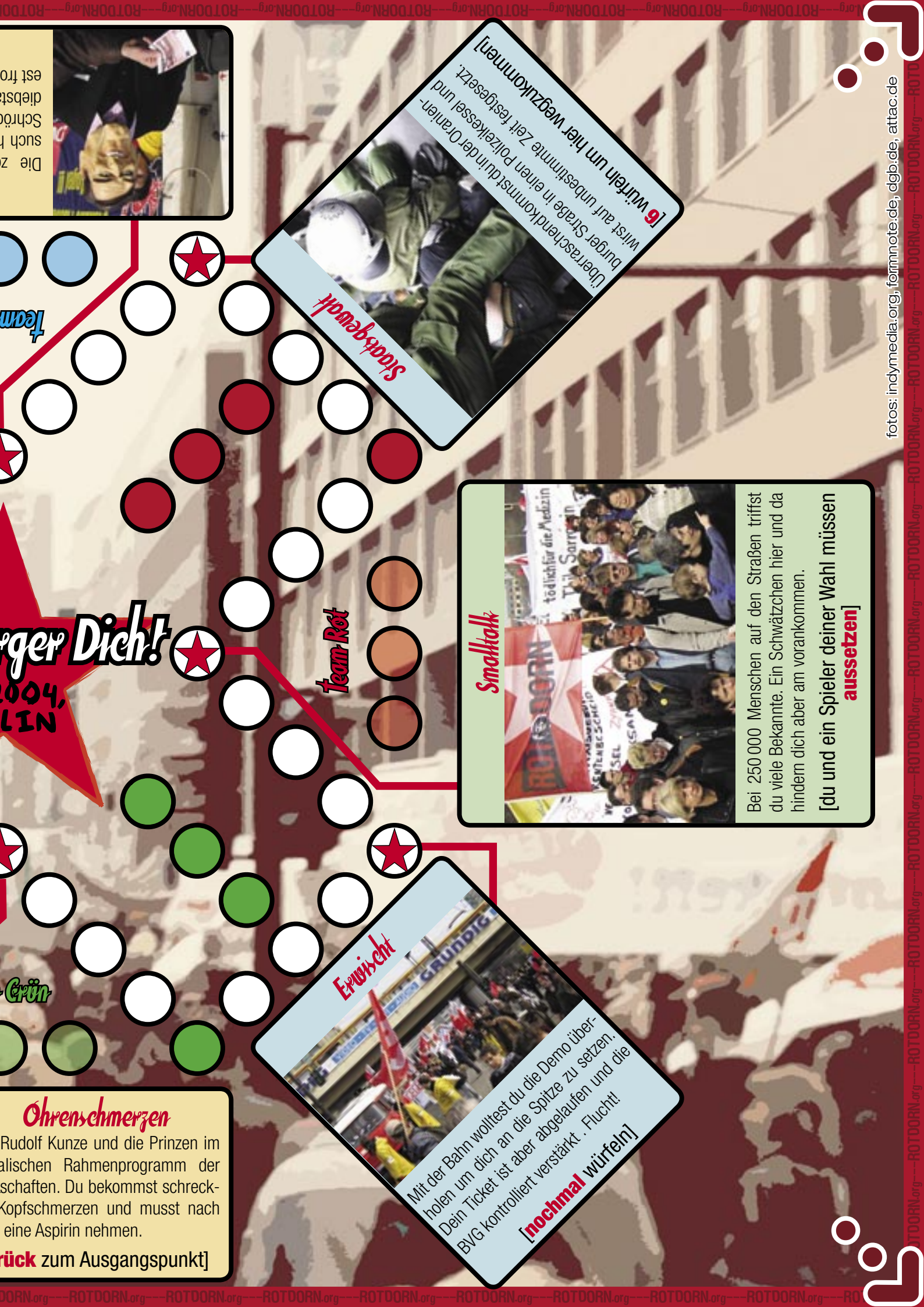
Auf der Abschlussskundgebung am Brandenburger
Tor halten die Gewerkschaftsbosse ihre üblichen
Reden. Vielleicht können sie sich nicht mehr er-
innern, dass sie selbst alle „Reformen“ abgenickt
haben. Du machst Schluß für heute.

[gehe direkt ins Ziel]

Hemplota

Du marschierst stramm mit der Blas-
kapelle der Bergleute. Im Gleichschritt
kommst du schnell voran.
[Rücke 5 Felder vor]

ANTI-KAPITALISTISCHES, REVOLUTIONÄRES BRETTSPIEL FÜR 2-4 GENOSSEN



ger Dich!
004,
LIN

Grün

Ohrenschmerzen

Rudolf Kunze und die Prinzen im
malischen Rahmenprogramm der
schaften. Du bekommst schreck-
Kopfschmerzen und musst nach
eine Aspirin nehmen.

rück zum Ausgangspunkt]

Erwischt



Mit der Bahn wolltest du die Demo über-
holen um dich an die Spitze zu setzen.
Dein Ticket ist aber abgelaufen und die
BVG kontrolliert verstärkt . Flucht!

[nochmal würfeln]

Smaltalk



Bei 250 000 Menschen auf den Straßen trifft
du viele Bekannte. Ein Schwätzchen hier und da
hindern dich aber am vorankommen.

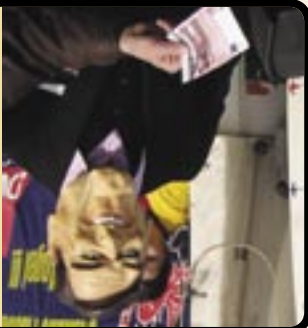
[du und ein Spieler deiner Wahl müssen
aussetzen]

Team Rot

Staatsgewalt



[6 würfeln um hier wegzukommen]
Überraschend kommst du in der Oranien-
burger Straße in einen Polizeikessel und
wirst auf unbestimmte Zeit festgesetzt.



Die z
such h
Schroö
diebst
est fro

Du meinst, Fleisch essen und Umweltschutz vertragen sich?



FAKTEN

Umwelt

Die Fleischindustrie verursacht mit die größte Wasserverschmutzung. Eine typische Schweinefarm produziert soviel Exkremente wie eine Stadt mit 12 000 Einwohnern.

Land

Etwa 80% der landwirtschaftlichen Fläche werden dafür benutzt, Tiere zu züchten. Auf einem Hektar Land können 22 500 kg Kartoffeln angebaut werden, doch nur 185 kg Rindfleisch können auf der gleichen Fläche produziert werden.

Wasser

Die tierische Landwirtschaft ist eine der größten Wasserverbraucher in diesem Land. Die verbrauchte Wassermenge für 5 kg Fleisch entspricht dem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 2 Personen.

Rodung

325 000 km² Regenwald werden jedes Jahr vernichtet, um darauf Tiere für den Verzehr zu züchten. Für jeden „Viertelpfunder“-Hamburger aus Regenwald-Rindfleisch werden 50 m² Land verbraucht.

Energie

Die Produktion eines Hamburgers verbraucht genausoviel fossilen Brennstoff wie ein Kleinwagen für eine Fahrt von 32 km und genug Wasser um 17 mal zu duschen.

Denk mal genau nach!

Bei Rückfragen: 030/47 20 617
(mit AB, wo nur Musik drauf ist)

Wenn Dir wirklich was an diesem Planeten liegt, werde Vegetarier!

Keine Bildung für Nazis!

Die NPD-Zentrale in Köpenick...

Mit dem Scheitern des Verbotsantrags gegen die NPD fand die vor drei Jahren mit dem „Aufstand der Anständigen“ begonnene staatsoffizielle Anti-Nazi-Politik ein trauriges Ende: Die NPD konnte sich freuen, dass sie ihren Status als „demokratische Partei“ und damit ihre finanziellen und rechtlichen Privilegien nicht verlor, die Politik ging zur Tagesordnung über und die Medien berichten nur noch spärlich über das Thema Rechts-extremismus.

Dabei hatte sich an der Ausgangssituation wenig geändert. Die NPD ist von ihrem Programm keinen Millimeter abgerückt und vertritt weiterhin offen rassistische und antisemitische Positionen, daneben existieren parteiunabhängig Zusammenschlüsse von Neonazis, so genannte „Kameradschaften“ weiter und die Zahl der Nazi-Übergriffe ist weiterhin sehr hoch. Nach der staatlichen Blamage im Verbotungsverfahren ging die NPD in die Offensive und kündigte im Sommer 2003 die Erweiterung ihrer Bundeszentrale in Berlin-Köpenick um ein Schulungszentrum an.

Das nun fast fertig gestellte „Nationale Bildungszentrum“ ist für uns Anlass, mit einer bis zum Sommer dauernden Kampagne auf die NPD und ihre Aktivitäten in Berlin aufmerksam zu machen. Zusätzliche Brisanz gewinnt dieses Thema auch durch die Ankündigung der NPD, am 1. Mai gemeinsam mit den sogenannten „Freien Kameradschaften“ (einer Vielzahl kleinerer Neonazi-Gruppen) von Friedrichshain nach Mitte zu marschieren. Die NPD sucht den Schulterschluss mit diesen Kräften, um ihre führende Rolle in der rechten Szene aus-

zubauen und für jüngere Neonazis wieder attraktiver zu werden.

...der Abschiebknast in Berlin-Grünau...

Für uns beschränkt sich antifaschistisches Engagement jedoch nicht nur auf den Kampf gegen die NPD und andere Nazi-Gruppen. Rassismus ist eben kei-

ne Erscheinung, die sich nur am rechten Rand findet, sondern äußert sich auch in der Diskriminierung von Flüchtlingen. Der Abschiebknast in Grünau, einem Stadtteil von Köpenick und in nächster Nähe zur NPD-Zentrale, ist ein Symbol für den Rassismus des deutschen Staates und des nach außen abgeschotteten Europas. Der Knast steht auch für Gesetze, die Flüchtlinge sozial

und rechtlich benachteiligen, für Schikanen durch Behörden und Polizei und den alltäglichen Rassismus in Schulen, im Beruf, auf der Straße. Seit über einem Jahr wehren sich die Häftlinge verstärkt gegen die menschenunwürdigen Zustände im Abschiebknast und gegen ihre Abschiebung überhaupt. Ihnen gilt unsere Solidarität und in unserer Kampagne wollen wir auf ihren Kampf aufmerksam machen.

...und unsere Kampagne.

Wir wollen weder die NPD-Bundeszentrale, noch ihr neues Schulungszentrum oder den Rassismus gegen MigrantInnen als Normalität akzeptieren. Deshalb finden bis zum Sommer eine Reihe von Veranstaltungen, Straßenaktionen, Ausstellungen, Partys usw. statt. Vorläufiger Höhepunkt ist die Bündnis-Demonstration am 6. Juni 2004 unter dem Motto „Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebknäste abschaffen!“

■ ANTIFASCHISTISCHER AUFSTAND KÖPENICK, ANTIFASCHISTISCHE LINKE BERLIN, FELS



ROCK

Mal ehrlich: auf manchen Demos nervt das musikalische Begleitprogramm – lahme Friedenslieder und die immer gleichen öden Protestsongs. Doch Abhilfe ist in Sicht!

Fat Mike, seines Zeichens Sänger der Kultband NOFX und Labelboss von „Fat Wreck Chords“ setzt uns da mit „Rock against Bush Vol. 1“ ein richtig dickes Ei ins Nest. Mit dabei ist alles, was Rang und Namen hat – von den Vorschulpunks SUM 41 über kommerzielle Größen wie The Offspring und Pennywise bis hin zu Urgesteinen wie Social Distortion oder Jello Biafra (Sänger der Dead Kennedys) – aber auch bisher eher unbekannte Bands.

Bei 26 Songs (17 davon bisher unveröffentlicht) ist es naturgemäß schwer einen persönlichen Favoriten zu küren. Mein Anspieltipp ist Track 8 „Lion And The Lamb“ von „The Get Up Kids“. Schon mit der letzten Platte „The Guilt Show“ (Kaufbefehl!) bewiesen sie zum wiederholten Male ihre absolute Sonderstellung im Bereich der alternativen Rockmusik, und auch hier können sie uneingeschränkt überzeugen.

Bei einem Preis von 9,99€ für die Doppel-CD lohnt es sich mal wieder den ortsansässigen Plattenladen anzusteuern und den Brenner eine Pause zu gönnen. Und mit dieser Mucke im Schlepptau könnt ihr dann den „Lauti“ entern und für revolutionäre Stimmung sorgen!

Marcel



BUSH

DENN WIR WOLLEN KEINE SCHLAUEREN NAZIS.
SONDERN GAR KEINE!

Debatte über die Zukunft der Türkei in Europa

Die große Debatte über die Zukunft Europas, die sich zur Zeit mehr und mehr verdichtet, wird oft mit dem Argument verbunden, Europa müsse sich, wenn schon nicht neu gründen, so doch neu begründen.

Seit Beginn des Einigungsprozesses gilt die Türkei als das am schwersten zu integrierende Land. In den vergangenen 15 Jahren – und besonders bei der Erweiterungsrunde in Kopenhagen – hat die Frage des türkischen Beitritts für Konflikte innerhalb der Europäischen Union gesorgt. Außerdem hat die Aufnahme von zehn neuen Kandidaten die Position der Türkei deutlich verschlechtert. Verteilungsdebatten und heterogene Interessen bestimmten das Klima auf dem jüngsten Kopenhagener Gipfel des Europäischen Rates. Hier schien es, als würden strategische Interessen in den Hintergrund treten. Die zehn ost- und mitteleuropäischen Länder bringen sehr eigene historische Erfahrungen in die Europäische Union. Sie haben Demokratie und Menschenrechte über Jahrzehnte hinweg entbehren müssen, sie haben sie sich erkämpft – sie werden sie sich zu bewahren wissen.

Die politische Elite der Türkei muß auch einsehen, daß die Türkei kein homogener Staat ist und die türkische Gesellschaft aus verschiedenen Strömungen und auch ethnischen Gruppen besteht. Dazu müssen neben der türkischen Identität auch kulturelle Sub-Identitäten zugelassen und auch staatlich gefordert werden. Und auch bezüglich ihrer Identität muß innerhalb der Türkei eine offene und tabufreie Diskussion entste-

hen, wohin das Land gehen möchte und worin eigentlich die türkische Identität besteht. Dabei sollte eine positive Formulierung möglich sein, die nicht von empfundenen Bedrohungen bestimmt wird.

Das Ziel einer demokratischen Türkei kann dabei zentral sein. Europa sollte die Vergangenheit seiner Beziehungen aufarbeiten, ebenso wie die Türkei die genannten Probleme lösen muß, damit aus dem bisherigen Zweckbündnis auch ein neues, ehrliches Bündnis auf der Basis von demokratischen und humanitären Werten entsteht. Dies wäre auch der Traum vieler Türken. Angesichts des Irakkriegs und divergierender Positionen auch innerhalb Europas wird deutlich, wie wichtig außenpolitische Zusammenarbeit bzw. eine Gemeinsame Europäische Außenpolitik (GASP) der EU mit der Türkei für die Stabilität der Region des Nahen Ostens und auch Europas wäre. Nur Kooperation und Zusammenarbeit, eine gemeinsame Lösung der Probleme können friedensstiftend wirken. Mit der Türkei erhielt die EU-Außenpolitik deutlich mehr Gewicht.

Wer wäre besser geeignet als eine heranwachsende Türkei, die bewegungsscheue EU zu zwingen, sich endlich selbst zu renovieren?

Hinsichtlich der Umsetzung der bereits erfolgten Verfassungsreform und Reformen in der Wirtschaft benötigt die Türkei mehr denn je die Hilfe der Europäischen Union. Die Umsetzung der wirtschaft-



lichen und politischen Reformen, d. h. die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien, ist ein langfristiger Prozess. Die Festsetzung eines konkreten Datums für den Beginn der Beitrittsverhandlungen würde die politischen Kräfte in der Türkei, die nach einer Annäherung an Europa streben, stärken und ermutigen ebenso wie eine aktivere Unterstützung der Europäischen Union bei der Umsetzung der Reformen.

Europa ist nicht perfekt. Kritik an Zuständen und Erscheinungsformen ist leicht. Kritik allein hilft aber nicht weiter. Wenn das, was wir haben, nicht gut genug ist, müssen wir es besser machen. Den Bedrohungen des internationalen Terrorismus muss die Internationale Staatengemeinschaft gemeinsam mit aller Entschiedenheit entgegentreten. Die heutige Europäische Union eint eine Vielfalt verschiedener Kulturen. Die Türkei könnte nur eine Bereicherung bedeuten. Angesichts sich verstärkt individualisierender und rationalisierender europäischer Gesellschaften könnte die Türkei dem Westen auch Werte wie Gemeinschaft und Solidarität innerhalb einer Gesellschaft, Werte, die in europäischen Ländern doch manchmal verloren zu gehen scheinen, vermitteln. Sehen Sie nach Europa, die Gesellschaften sind im Begriff ihre Normen zu verlieren, ...Werte wie Respekt vor den Alten oder der Familie schwinden. Die Bürgerinnen und Bürger Anatoliens könnten helfen, diese gemeinsamen Werte wieder zu stärken. Wir müssen dafür gemeinsam sorgen, dass in unserem Teil der Welt das politische und wirtschaftliche System stark genug ist, Freiheit, Demokratie und Menschenwürde für jeden Europäer zu bewahren!

■ Dr. Dr. Ümit Yazicioglu

die „kopenhagener kriterien“

Als Bedingungen für einen Beitritt hat die Europäische Union 1993 auf dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs von Kopenhagen drei Voraussetzungen formuliert, die sogenannten „Kopenhagener Kriterien“, die alle Staaten erfüllen müssen, die der EU beitreten wollen:

- **Das „politische Kriterium“:**
Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten.
- **Das „wirtschaftliche Kriterium“:**
Eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten.
- **Das „Acquis-Kriterium“:**
Die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gemeinschaftlichen Regelwerkes, des „gemeinschaftlichen Besitzstandes“.

„Für Juden verboten“ – Jüdischer Alltag in Berlin

S-Bahnhof Alexanderplatz. Es dröhnt aus den Lautsprechern von allen Seiten. Reisende schieben sich an mir vorüber. S-Bahnen halten unablässig mit quietschenden Bremsen Einzug. Ein Schild im Fenster einer S-Bahn ködert meine Aufmerksamkeit. „Für Juden verboten“ steht da gut sichtbar in großen, schwarzen Lettern auf gelben Grund geschrieben. Neugierig trete ich ein Stück näher, was soll das heißen? Für Juden verboten?

„Zurückbleiben bittet“, ertönt die Ansage, ich erwache aus meinen Gedanken und springe noch schnell in den Zug. An den Wänden und Fenstern hängen weitere Schilder.

„12.11.1938: Juden ist der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten, Ausstellungen, usw. verboten.“

„24.03.1942: Das Reichsministerium des Inneren verbietet Juden grundsätzlich die Benutzung innerstädtischer Verkehrsmittel; Ausnahmen gelten für Schulkinder und Angestellte jüdischer Einrichtungen, für Zwangsarbeiter nur bei einem Arbeitsweg von mehr als 7 km oder einer Wegstunde.“

Ein Mädchen kommt freundlich lächelnd auf mich zu. „Willkommen in der Fahrenden Ausstellung ‚Für Juden verboten – Jüdischer Alltag in Berlin‘ der Jugendgeschichtswerkstatt anlässlich des heutigen Gedenktages. Hast du Lust, einen Fragebogen zu beantworten?“, fragt sie mich und drückt mir einen blauen Zettel in die Hand. Gedenktag, welcher Gedenktag? Als könne es meine Gedanken lesen, fängt das Mädchen an zu erklären.

„Am 27. Januar 1945 wurde das KZ Auschwitz, das größte der nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager, von der Roten Armee befreit. 1996 wurde dieser Tag vom damaliger Bundespräsidenten Roman Herzog zum offiziellen Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus erklärt. Der Vorschlag kam ein Jahr zuvor vom Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis. Den 27. Januar und seine Bedeutung nimmt sich die Jugendgeschichtswerkstatt des Vereins Miphgasch/Begegnung seit 2000 zum

Anlass in der ‚Fahrenden Ausstellung‘ ihre Arbeit vorzustellen und so dem Vergessen ein wenig entgegenzuwirken.“



„Seit vier Jahren gibt es also diese Geschichtswerkstatt?“, frage ich neugierig. „Eigentlich beginnt die Geschichte schon ein kleines Stück früher. Aus dem Wunsch den Menschen zu zeigen, dass die Diskriminierung der Juden im Nationalsozialismus nicht erst in den Konzentrationslagern begann, sondern bereits im Alltag und für jeden sichtbar auftauchte, entstand 1998 die Jugendgeschichtswerkstatt. In einem ausrangierten S-Bahnwaggon am Anhalter Bahnhof wurde von Jugendlichen und Studenten die Ausstellung „Für Juden verboten – jüdischer Alltag in Berlin“ entwickelt. Dafür befragten wir Zeitzeugen und Experten, suchten Archive auf und arbeiteten die mehr als 2000 Verordnungen gegen Juden durch. Am 31. August 1999 brannte der S-Bahnwagen in Folge eines Anschlags völlig aus. Die ganze Arbeit war zerstört. Doch statt aufzugeben, fassten wir den Plan, die verlorengegangenen Materialien zu rekonstruieren und in neuer Form zu präsentieren. So startete am 27. Januar 2000 die erste Fahrende Ausstellung“, berichtet sie.

Fasziniert schaue ich mich um. Am Hackeschen Markt sind wieder neue Men-

schen eingestiegen. Viele gucken genauso verwirrt wie ich. Manche setzen sich schnell und verschwinden hinter ihrer Zeitung. Über ein Mikrophon wird aus einem Buch vorgelesen.

„Wieso gerade in einer fahrenden S-Bahn?“ „Diese Form bietet die Möglichkeit, Menschen zu erreichen, die sich sonst die Ausstellung nicht anschauen würden. Ihnen können wir die langsame, aber kontinuierliche Verdrängung der Juden aus dem öffentlichen Leben aufzeigen, um damit deutlich zu machen, welches Unrecht sich in diesem Land, in dieser Stadt und nicht zuletzt in den Zügen auf der Strecke, die viele jeden Tag benutzen, abgespielt hat“, führt das Mädchen aus, während es weiter Fragebögen verteilt. Wir fahren in den Bahnhof Friedrichstraße ein. Ein Mann flüchtet in den nächsten Waggon. Unter den Neuzugestiegenen sind auch zwei Fotografen.

„Viele der Jugendlichen vom Anfang sind längst nicht mehr dabei, dafür gibt es immer wieder neue Gesichter und mit ihnen neue Ideen. Über die fünf Jahre hat sich dadurch die Geschichtswerkstatt weiterentwickelt. Durch Zeitzeugeninterviews oder alte Dokumente inspiriert, wurden immer neue Themen, wie Flucht und Einwanderung, die Emanzipation der Juden, aber auch aktuelle Themen wie Argumente gegen Stammtischparolen aufgegriffen und bearbeitet. Auf unserer Homepage und in Form einer Wanderausstellung werden die Ergebnisse dann präsentiert.“ Wir werden unterbrochen, weil eine Frau nach den Lösungen für den Fragebogen fragt, dann schließt es an das Gespräch an.

„Bei der letzten Aktion beschäftigten wir uns mit Hintergründen für Straßennamen. Schließlich gibt es noch heute in Berlin Straßen, die Antisemiten wie Heinrich von Treitschke ehren und kaum jemand stört sich daran. Demgegenüber treten große Proteste auf, sobald ein jüdischer Namensgeber für eine Straße in Erwägung gezogen wird.“

Im Wagen schreit eine alte Frau hektisch nach einem Arzt. Ein Mann mit einem gelben Stern auf der Jacke drängelt sich zu ihr durch um ihr zu helfen. Doch sie lehnt seine Hilfe ab – er ist doch Jude. „Das sind die Senioren vom Theater der Erfahrungen“, flüstert das Mädchen mir zu, „gemeinsam mit ihnen führen wir jedes Jahr kurze Theaterszenen auf.“



Ausgebrannter Wagon der Geschichtswerkstatt

Schweigend betrachten wir das Schauspiel. Am Ende gibt es verhaltenen Applaus. „Und wie geht es morgen weiter?“, frage ich.

„Dieses Jahr widmet sich dem Thema ‚Aufarbeitung des Nationalsozialismus‘. Hierbei sollen vor allem die ‚äußere‘ Aufarbeitung, wie Gerichtsprozesse und Entschädigungszahlungen, der ‚inneren‘ – der persönlichen – gegenübergestellt werden. Können solche Erlebnisse überhaupt verarbeitet werden? Wie wirkt es sich auf das Leben eines Menschen aus, wenn der Vater oder die Mutter KZ-Überlebende(r) ist? Ist ein „Schlussstrich“ die richtige Art der Aufarbeitung? Als Erstes wollen wir aktuelle Formen

des Antisemitismus betrachten. Warum gibt es in Deutschland immer noch Antisemitismus? Was bedeutet Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen des Holocaust? Wo fängt Antisemitismus an? Erst bei eindeutigen Übergriffen und Anschlägen auf Synagogen? Bei sogenannten „Ausrutschern“ von Politikern, bei deren regungslosem Publikum? Welche Rolle spielt der Nahostkonflikt? Welche Bedeutung hat (vermeintlich verbotene) Kritik an Israel in dem Kontext?“

„Nächster Halt, Zoologischer Garten“, erinnert mich sanft die Lautsprecherstimme. Ich muß aussteigen. Ich bedanke mich bei dem Mädchen. Es lächelt verlegen, „Jetzt habe ich dich die ganze Zeit voll gequatscht, ohne dass du eine Chance hattest, dir die Ausstellung anzugucken.“ Zum Abschluss gibt sie mir noch einen Flyer. „Du kannst uns im nächsten Jahr wieder in der S-Bahn besuchen.“

info

Steig ein und mach mit!

Jugendgeschichtswerkstatt von Miphgasch/ Begegnungen e.V., Samariterstraße 27, 10247 Berlin, miphgasch@gmx.de
www.jugendgeschichtswerkstatt.de

Paradies für Profitgeier

Das Handelsblatt vom 2. Januar 2004 veröffentlichte eine Umfrage unter tausend europäischen Managern über ihre Bewertung der „Standortqualität“ verschiedener Länder. Bemerkenswerterweise kam China bei dieser Umfrage auf Platz 1. Dort fühlen sich die Konzerne sauwohl! Dort wirft die Produktion Maximalprofite und klotzige Dividenden ab:

- ▶ keine Willkür einschränkende Arbeitsgesetzgebung;
 - ▶ keine für Arbeitnehmerrechte eintretende Gewerkschaften;
 - ▶ rechtlose Arbeitnehmer ohne Kündigungsschutz, tarifgebundene Entlohnung und Arbeitszeiten;
 - ▶ kein hinderlicher Arbeitsschutz;
 - ▶ Millionen arbeitsloser Wanderarbeiter, die für eine Schlüssel Reis schuferten bis zum Umfallen;
 - ▶ keine Unfallversicherungen und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall;
 - ▶ keine lästigen Umweltschutz-Auflagen.
- Die Vermehrung des Kapitals allein steht im Mittelpunkt der Arbeitswelt! Das Unternehmer-Paradies China ein Alptraum für Ausgebeutete in aller Welt! Eine Zukunftsvision global?

anzeige

Bürgernahe Politik

www.pds-berlin-drei.de

Fraktion in der BVV

Bezirksamt

Haus 7

Zimmer 109

Fröbelstraße 17

10400 Berlin

Fon 42 40 10 08

Fax 42 40 25 19



Berlin Drei

Für bessere Aus- und Einsicht

ROT-GRÜNE GERECHTIGKEIT DURCH UMVERTEILUNG VON UNTEN NACH OBEN – TEIL 2

Von der Idiotie der Sozialreformdebatte

In der vorigen Ausgabe wurden unter dem Titel „Vom Tellerwäscher zum Millionär“ vor allem Auffassungen zur Chancengerechtigkeit untersucht. Auch in diesem Artikel soll über den angeblich im Wandel befindlichen Begriff der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland nachgedacht werden. Ist die Verteilungsgerechtigkeit ein alter Hut? Wollen die Bürger in diesem Lande der Wirtschaft und ihren Riesenprofiten dienen oder müsste Politik nicht für eine menschlichere Gesellschaft steuernd und regulierend in die Wirtschaft eingreifen? Die Schere zwischen arm und reich wird immer größer und die Erwerbsarbeit immer weniger. Wie ist angesichts dieser Tatsachen Sozialstaat und Bürgerdemokratie zu entwickeln und welche Folgen hat fortgesetzte soziale Spaltung?

Für künstliche Hüftgelenke von Rentnern in die Sozialkassen zu greifen, wenn Krücken auch ihren Dienst tun, hält der forsche 23jährige Jungunionist Mißfelder für unangemessen. Die lebensverlängernden Maßnahmen sind teuer und erhöhen die Lohnnebenkosten (und verringern die Profite und Dividen-den). So finden sich Sozialpolitiker und Mediziner unter dem Dach des Bundesgesundheitsministeriums zusammen und fantasieren – natürlich geschmackvoller als Rumpelstilzchen Mißfelder – Selektionsprogramme - geschönt mit den blumigen Worten „Eigenleistungen“ und „Zuzahlungen“. Nach solchen Programmen sollen nur diejenigen Anspruch auf Gesundheitsdienstleistungen haben, von denen nach der Rehabilitation noch produktive Leistungen zu erwarten sind.

„Die Mißfelders aller Parteien – nicht nur der CDU/CSU oder der FDP, auch bei der SPD und den Grünen sitzen viele Angehörige dieser Spezies – würden jeden Verdacht, Selektionslösungen zu propagieren, empört zurückweisen. Doch den vermeintlichen Sachzwängen des globalen Wettbewerbs würden sie vorbehaltlos zustimmen. Mißfelders Mißgriff, biologische Kriterien für die Auswahl der Opferlämmer vorzuschlagen, wird kaum wiederholt werden. Das aber um Deutschland wieder „wirtschaftsfähig“ zu machen, wie der Kanzler uns erklärt, „Opfer für Reformen“ zu erbringen seien, haben fast alle verinnerlicht. Selten wird die Frage gestellt, warum Opfer eigentlich notwendig seien, wenn doch, wie in Deutschland im vergangenen

Jahrzehnt, das reale Wachstum mit 0,8 Prozent jährlich im Durchschnitt zwar gering, aber doch positiv gewesen ist. Anscheinend wollen da eine Reihe von „Leistungsträgern“, unsere Elite von Ackermann bis zu Hundt, mehr als 0,8 Prozent an jährlichem Wohlstandszuwachs abkassieren? Das Solidarprinzip Gesunde für Kranke, Junge für Alte, Wohlhabende für Arme ist unter dem sozialdemokratisch scheinheiligen Appell „Alle müssen Opfer bringen“ längst zerbröckelt. Meinen Schröder und Müntefering damit die „Opfernden“, für die sie den Spitzensteuersatz bis zum nächsten Jahr um 11 Prozent gesenkt haben werden?

Heute schon, ohne dass die verheerenden Auswirkungen des Arbeitslosengeldes II gegriffen haben, leben 24,3% der Kinder bis 10 Jahren und 21,8% der Kinder bis zu 20 Jahren in den neuen

Bundesländern unter der Armuts-grenze. „Armut ist weiblich“! Dieser Satz ist keine Ideologie, sondern nackte Realität, auch wenn Sozialministerin Ulla Schmidt diese ausblenden möchte. Von den Alleinerziehenden in den neuen Bundesländern leben 42,6% unter der Armuts-grenze (Statistisches Bundesamt für d.J. 2000). Von den Haushalten, die im Jahre 2001 in Deutschland Sozialhilfe empfangen haben, gab es 30 % alleinerziehende Frauen mit zwei Kindern, und 46,3 % alleinerziehende Frauen mit drei und mehr Kindern. Wer wundert sich da noch über schwindende Geburten-raten!

Einer unserer mächtigsten Männer – heimliches oder unheimliches FDP-Mitglied innerhalb der Sozialdemokratie – Superminister Wolfgang Clement behauptet, „...Ungleichheiten werden zukünftig ein mehr an Gerechtigkeit herbeiführen“. Praktisch politisch heißt das: Steuersenkungen, eine stärkere Lohnspreizung, Niedriglohnzonen, eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes usw. „All dies sind aber Maßnahmen, die in Deutschland (wie anderswo auch) bereits seit Beginn der 80er Jahre verstärkt zum Einsatz kommen, bis heute aber nicht zu einem beschleunigten Wachstum und vor allem nicht zu einer Ausweitung von existenzsichernden Beschäftigungsverhältnissen geführt haben.“ (Prof. Birgit Mahnkopf)

Die Lobbypolitik der SPD für die „neue Mitte“, für die Globalisierungsgewinner, verhindert eine solidarische Umverteilung. Peter Glotz, einer der Chefideologen, ist der Meinung, die Globalisie-



rungsgewinner „wollen nicht mehr teilen“. Er mag Recht haben, verfolgt man die Schamlosigkeit von Esser, Ackermann oder Welteke. Aber wofür ist eigentlich die Regierung da, wenn sie nicht umverteilen will? Nur für den Einkauf von Beraterverträgen?

Tut die SPD gut daran, die Verteilungsgerechtigkeit mit ihren beiden Elementen Leistungs- und Bedarfsgerechtigkeit aufzugeben, weil die Märkte und ihre Profiteure es so wollen? Wenn die Wähler nicht mehr an die Urnen gehen, so kommt das doch auch daher, weil ihrer Ansicht nach keine politische Kraft mehr die Gerechtigkeitsvorstellungen der großen gesellschaftlichen Mitte der heutigen Arbeitnehmer vertritt. Diese Menschen sind leistungsorientiert, qualifiziert und zur Weiterbildung bereit. Sie

üben trotz wachsender Leistungsanforderungen Lohnzurückhaltung. Dennoch sind sie verunsichert, weil sie sehen, wie mit Menschen umgegangen wird, deren Leistungen auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr nachgefragt werden, die krank geworden oder durch den Berufsstreß Behinderte wurden. Solche Menschen werden zur „überflüssigen Restbevölkerung“ im neoliberalen System gezählt. Sie können mit einer Bedarfsgerechtigkeit längst nicht mehr rechnen. Einer repräsentativen Allensbach-Umfrage zufolge, ist die Bereitschaft in der Bevölkerung hoch, für das gewohnte Maß an sozialer Sicherheit selbst den Preis höherer Steuern und staatlicher Reglementierung in Kauf zu nehmen. Jedoch

▷ weiter auf der nächsten Seite



EINDRÜCKE EINER SPANNENDEN DISKUSSION

Sozial ist nicht egal! Neoliberal ist unsozial!

In Vorbereitung auf die Demo vom 3. April in Berlin veranstalteten wir vom Rotdorn einen Diskussions- und Informationsabend unter dem Motto „Alles ein Vermittlungsproblem?“.

„Die Regierenden fühlen sich nicht verstanden. Sie sehen ein Kommunikations- und Vermittlungsproblem zwischen ihnen und der Bevölkerung, die ihre tolle ‚Reformpolitik‘ einfach nicht richtig verstehen will. Wir sagen: wir haben Euch verstanden! Und wir werden nicht schweigen zu der neoliberalen Politik der sozialen Kälte und des Bildungsabbaus!“, heiß es in der Ankündigung zur Veranstaltung.

Zum Thema Sozialabbau waren für das Podium Sascha Kimpel von attac, Elke Breitenbach von der PDS und Max von der Antifaschistischen Linken Berlin eingeladen worden. An der Diskussion beteiligten sich dann fast alle Anwesenden, also auch das Publikum sehr rege.

Zunächst wurden bestehende alternative Konzepte für einen sozialen Umbau des Sozialsystems und zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit vorgestellt. Auch wenn sich alle Podiumsteilnehmer darin einig waren, daß man etwas gegen den neoliberalen Sozialabbau im Zuge der rot-grünen „Agenda 2010“ unterneh-

men müsse und auch die alternativen Konzept weitgehend übereinstimmend waren, wurden die verschiedensten Herangehensweisen zwischen den außerparlamentarischen Gruppen und der PDS deutlich. Schnell rankte sich eine Diskussion um die Beteiligung der PDS an der Landesregierung. Elke Breitenbach vergegenwärtigte, daß sich in den Regierungskoalitionen, in denen sich die PDS befinde, eine unüberbrückbare Differenz zur SPD in den Themenfeldern Arbeitsmarkt-, Wirtschaft-, und Sozialpolitik zu einer Enthaltung der SPD-PDS-geführten Länder im Bundesrat führe, wo z.B. die Hartz-Gesetze verabschiedet werden. Strittig war die Frage: Ist es noch sozialistische Politik, wenn man um das schlimmste zu verhindern Dinge beschließt, die man eigentlich gar nicht vertreten kann und will.

Des weiteren wurde mit dem Vertreter der Antifaschistischen Linken Berlin die These durchdekliniert, ob der voranschreitende Sozialabbau die Rechte in der Bundesrepublik fördere und rechts-extreme Parteien wie die Republikaner oder die NPD das Potential hätten, den Frust der Bevölkerung aufzusaugen und hinter sich zu bringen. Max verneinte diese These, da Nazis nicht wie ange-

nommen automatisch sozial Schwache seien.

Elke Breitenbach unterbreitete trotz aller Differenzen und am Ende der Veranstaltung vor dem gesamten Publikum Sascha Kimpel von attac ein Kooperationsangebot, um konkrete Sachverhalte der Landespolitik zu erörtern und gemeinsame Lösungen zu suchen.

Zum Schluss wurde noch die Frage erörtert, was denn über den europäischen Aktionstag gegen Sozialabbau am 3./4. April 2004 hinaus getan werden müsse, um den neoliberalen Sozialabbau von Rot-Grün zu stoppen. Alle waren sich darin einig, dass sich jede/r in einer der vielen linken Gruppen organisieren sollte, um eine dauerhafte antikapitalistische Politik und den Protest zu ermöglichen („und Du weißt was wird passieren, wenn wir uns organisieren“, Ton, Steine, Scherben).

■ SK UND PATRICE



die „neue Mitte“, Schröders liebstes Kind, kann auf die Verteilungsgerechtigkeit leicht verzichten. Und die Politik bedient sie mit Steuersenkungen und zum ungerechten Ausgleich mit dem Sozialabbau auf der Seite der Arbeitnehmer. „Betrachtet man das gesamte Steueraufkommen in der Bundesrepublik, dann leisten Konzerne, Unternehmer, Aktionäre und andere Reiche einen außerordentlich kleinen Beitrag zur Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Im Zuge der Unternehmenssteuerreform 2000/2001 der rot-grünen Regierung sank ihr Anteil am Steueraufkommen auf das historische Tief von 11,6 Prozent. Rechnet man die Konzernsubventionen, öffentlichen Aufträge und Beratungsverträge, Rüstungs- und Forschungsgelder sowie staatliche Zinszahlungen an Banken und Geldvermögende dagegen, dann plündern sie die Staatskassen um ein Vielfaches dessen, was sie an Steueralmosen abgeben“ (Fred Schmid „Steuerparadies BRD“ in „junge Welt“ vom 7. April 2004)

Auf die Parteiendemokratie ist, so spüren die Menschen im Lande, kein Verlass. Was sollten beispielsweise Neuwahlen im Land Berlin bringen? Eine noch unsozialere Politik mit den Erben Landowskys an der Spitze? Wir müssen vom Süden des Planeten lernen, wie soziale Bewegungen und Initiativen sich vernetzen und an der Basis Interessen durchsetzen: Betriebsbesetzungen, Warenboykotte etc. Nur dann besteht Hoffnung, dass sich nicht eines Tages ein Rechtspopulist der Globalisierungsverlierer annimmt und sie mit billigen Rattenfängerparolen wie Ende der zwanziger Jahre betört. Die soziale Demokratie ist in Gefahr, wenn die Schwachen, an den Rand gedrängten und Pauperisierten sich nicht länger auf einst zugesicherte soziale Rechte verlassen können. Wer verachtet wird, lernt den Hass und die Gewalt. Das gilt weltweit ebenso wie für unser Land. Die Gewalt wird gleichermaßen wachsen wie der Spalt zwischen arm und reich.

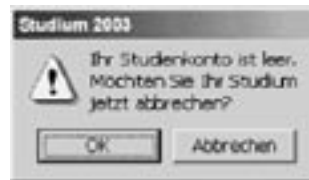
Dem Vorsitzenden der Jungen Union, Herrn Mißfelder, ist „Dank geschuldet, weil er brutal im grellen Licht hat erscheinen lassen, was normalerweise mit rosa Tünche bedeckt wird. Er hat die Idiotie der Diskussion um die Reform der Sozialsysteme so auf die Spitze getrieben, dass selbst die Protagonisten der Debatte Einhalt gebieten. Sie haben ihr Bild in Mißfelders Spiegeln an der Wand gesehen...“ (Elmar Altvater)

■ KLAUS KÖRNER

PDS gegen Studienkonten!

Nachdem der Rotdorn in Ausgabe 36 ausführlich die Idee der Studienkonten von Berlins Wissenschafts-Senator Dr. Thomas Flierl (PDS) erläuterte (siehe Online-Archiv) und in der letzten Ausgabe der bundesweite Hochschulstreik thematisiert wurde, widmet sich der nun folgende Artikel dem Hochschul-Landesparteitag der PDS in Berlin. Der Artikel soll zeigen, ob – und wenn ja, was genau – die PDS in Berlin von den Ideen der streikenden Studierenden in ihre Politik aufnimmt.

In Umsetzung des Landesparteitagsbeschlusses „Keine Studiengebühren in Berlin! PDS bietet Studierenden Dialog an!“ vom Dezember 2003 fand



am 4. April 2004 eine Sondersitzung zum Thema Wissenschaftspolitik statt. Diese Sitzung war notwendig geworden, da sich die PDS Berlin zu einem vom Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur, Dr. Thomas Flierl, vorgeschlagenen Studienkontenmodell und möglichen Alternativen positionieren musste. In Vorbereitung auf die Sitzung gab es in den letzten Monaten schon eine Reihe von Veranstaltungen wie die „Hochschulpolitische Konferenz“ im Februar 2004 oder Beratungen statt, in denen Delegierte und Interessierte sich informieren, Stellung beziehen oder Fragen stellen konnten.

In der Sitzung, die in der Werkstatt der Kulturen in Berlin-Neukölln stattfand, setzten sich die Delegierten zunächst mit dem Antrag „wissen schafft stadt – Für eine progressive Hochschulpolitik in Berlin“ und dessen Themen (z. B. Studienreform, Struktur der Hochschulen, Wissenschaftstarifvertrag und Hochschulgesetz) auseinander und stimmten bei lediglich einer Gegenstimme für diesen.

Mit mehr Spannung wurde allerdings die Debatte und die Abstimmung zum Thema Studienkonten erwartet. Dies zeigte vor allem ein voller Saal, in dem nicht nur Delegierte saßen, sondern auch zahlreiche Studierende, interessierte Gäste und Presse.

Dem Parteitag lag zum einen ein Antrag der Senatoren und verschiedener Fraktionsmitglieder vor, der sich für ein Studienkontenmodell aussprach. Zum anderen hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik und andere den Änderungsantrag „Koalitionsvereinbarung statt Studienkonten“ zu diesem eingebracht, der sich gegen Studienkonten richtete, da die gewünschten Ziele des Modells auch

auf alternativem Wege erreicht werden können.

In einer zum Teil emotionalisierten Debatte positionierten sich dann aber nicht nur Wissenschafts-

politiker wie Thomas Flierl und Benjamin Hoff (Mitglied des Abgeordnetenhauses und wissenschaftspolitischer Sprecher der PDS-Fraktion), sondern auch Studierende, PDS-Mitglieder und Interessierte. Sie brachten die verschiedenen Argumente für und gegen Studienkonten vor. Des weiteren wurde mehrfach darum gebeten, die Abstimmung über Studienkonten nicht als eine Abstimmung über die Person des Wissenschaftssenators zu begreifen, wie es vorher mehrfach in der Presse dargestellt wurde. Trotzdem müsse man sich aber positionieren und sich nicht enthalten.

Langer Zwischenapplaus bei und nach Redebeiträgen zeigte, wie sehr diese Debatte mittlerweile die Gemüter bewegte. Verständlich, wenn man bedenkt, dass sich viele der Beteiligten schon seit mehreren Monaten mit diesem Thema auseinandergesetzt haben; sei es in Form der Hochschulstreiks oder in Form von Diskussionen zum Modell und den möglichen Alternativen.

Während der Abstimmung ringten sich die Gäste um die Delegierten. Eine überwältigende Mehrheit (75%) sprach sich gegen Studienkonten aus. Daraufhin applaudierten die Beteiligten und brachen in Jubel aus.

Damit hatte die PDS Studienkonten abgelehnt! Allerdings steht sie nun vor der schwierigen Aufgabe die beschlossenen Alternativen wie z. B. die Verbesserung der Studienbedingungen umzusetzen, um tatsächlich progressive Hochschulpolitik zu machen und Studiengebühren bzw. -konten in dieser Stadt weiterhin verhindern zu können.

■ KATHARINA WEISE

Die Autorin ist Mitglied der Landesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftspolitik und Bezirksverordnete der PDS in Berlin-Treptow-Köpenick

Besatzung!

Die Kritik am Krieg war berechtigt. Die Besatzung macht den Irak nicht sicherer und nicht freier.

Der Irakkrieg ist nicht zu Ende. Der Bombenphase folgt derzeit die Besatzungsphase des Krieges, davor gab es die Embargophase eines kontinuierlichen Krieges, unter dem seit Jahren vornehmlich die irakische Zivilbevölkerung leiden musste. Ein Unrechtsregime wurde von einem völkerrechtswidrigen Besatzungsregime abgelöst.

Für viele Menschen im Irak ist der konkrete Lebensalltag mit der Besatzung unsicherer und beschwerlicher geworden. Eman Khammas von Occupationwatch schilderte mir dies in Mumbai (Indien) beim Weltsozialforum eindrucksvoll. Die Menschen im Irak sind überfordert, vielfach repressiv vorgehenden Besatzungstruppen ausgeliefert, es herrscht weitgehend Willkür. Gleichzeitig gibt es Kriegsgewinnler, nicht nur im ökonomischen Bereich. Durch den Krieg gegen den Irak wurden auch die Gruppen gestärkt, die terroristisch agieren.

Die Kritik am Irakkrieg war richtig. Allein in der Bombenphase wurden über 10 000 Menschen (Zivilisten und Soldaten) umgebracht, die als Kollateralschäden in Kauf genommen wurden von den Angreifern, den zentralen Kriegsunterstützern wie der deutschen Bundesregierung und politisch-publizistischen Wegbereitern des Krieges wie Friedbert Pflüger und Hans Branscheidt.

Erwartungsgemäß gab es keine Massenvernichtungswaffen im Irak. Joschka Fischer sprach z.B. von einem »Abrüstungskrieg«. Das war der Irakkrieg nie. Die vielen »Beweise« für Massenvernichtungswaffen im Irak, angeführt auch von deutschen Kriegstreibern wie Friedbert Pflüger (»Massenvernichtungswaffen des Irak«) oder Hans Branscheidt (z. B. in dieser Zeitung das Dossier vom 19. Februar 2003, »Die Bagdad-Connection«) stellten sich als Luftblasen heraus.

Die Ziele des Irakkrieges waren die schon vor über einem Jahr benannten Gründe: (Militärische) Neuordnung der Region, Zugang zu Ressourcen wie Öl im Irak, innenpolitische Gründe in den USA



(Wahlkampf, Ablenkung von der »Erfolgslosigkeit« des so genannten Anti-Terror-Krieges) und der politisch-ökonomische Konkurrenzkampf (Euro versus Dollar) zwischen den USA und EU-Staaten.

Es gab eine rot-grüne Doppelstrategie beim Irakkrieg: Einerseits gab es umfangreiche, grundgesetz- und völkerrechtswidrige Kriegsunterstützung u. a. durch Zurverfügungstellung der in Deutschland befindlichen v. a. US-amerikanischen und britischen Militärfrastruktur, Überfluggenehmigungen, Wachdienste vor US-Kasernen und die Stationierung deutscher Soldaten in Kuwait und den Einsatz in Awacs-Überwachungsflugzeugen über der Türkei. Die Bundeswehr entlastete zugleich US-Truppen in Afghanistan substantiell. Der Irakkrieg wurde dadurch wesentlich mitermöglicht. Andererseits erklärte die deutsche Regierung, keiner kriegsunterstützenden UN-Resolution zustimmen zu wollen, und machte sich zusammen mit der französischen Regierung an die

weitere Herausbildung einer Militärmacht der Europäischen Union (EU), die nicht nur, aber eben auch gegen die Interessen der US-Regierung gerichtet ist.

Inzwischen wurde eine EU-Militärstrategie im Wesentlichen nach deutsch-französischen Vorstellungen verabschiedet, in der solche Sätze stehen, wie »die erste Verteidigungslinie« werde »oftmals im Ausland liegen«. Demnächst gibt es eine EU-Verfassung mit einer Aufrüstungsverpflichtung (Artikel I-40, Absatz 3), der Festschreibung von EU-Kampfeinsätzen und der Entscheidungsgewalt für Militäreinsätze beim Ministerrat.

Die deutsche »Doppelstrategie« vor und während der Bombenphase setzt sich nun in der Besatzungsphase fort. Allen UN-Resolutionen, die die Besatzung zementieren, wurde zugestimmt, und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auch deutsche Besatzungssoldaten im Irak stehen werden. Ein Schritt dahin wird die Übernahme einer Besatzungszone im Irak durch die Nato sein, was die Bundesregierung nicht blockieren will. Als Truppen dafür sind das Allied Rapid Reaction Corps (ARRC) aus Mönchengladbach und das deutsch-niederländische Korps aus Münster im Gespräch, beide Truppen haben deutsche Soldaten in ihren Stäben.

Die Besatzung muss sofort beendet werden. Über die Uno muss die Regierungsgewalt an eine gewählte irakische Regierung gegeben werden. Deutsche Soldaten haben im Irak weiterhin nichts zu suchen!

■ TOBIAS PFLÜGER



Tobias Pflüger lebt in Tübingen und arbeitet seit vielen Jahren für die Informationsstelle Militarisierung IMI e.V., am 13. Juni 2004 steht er als parteiloser Kandidat für das Europäische Parlament auf der Liste der PDS zur Wahl.

www.imi-online.de
www.tobias-pflueger.de



Kampagnenarbeit - wie plane ich eine Veranstaltung von A-Z

5. | 6. Juni 2004

Büro der Bildungsoffensive, Lausitzer Str. 10, Aufg. B, 10999 Berlin

Teamer: Thomas Junge

Teilnahmebetrag: 10 Euro

Wie plant man eine politische Veranstaltung, eine Demonstration, eine Kundgebung oder einen Diskussionsabend. Vermittelt werden soll in dieser zweitägigen Veranstaltung wie Flyer und Plakate entworfen, gestaltet und schließlich druckfertig gemacht werden wie man eine Veranstaltung anmeldet oder eine Presseerklärung schreibt.



Leben und Vermächtnis Ernesto Che Guevaras

18.-20. Juni 2004

DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin

Teamer: Rouzbeh Taheri und Julian Plenefisch

Teilnahmebetrag: 15 Euro

gemeinsam mit solid

Anhand der Biografie Ernesto Che Guevaras werden die politischen und sozialen Geschehnisse in den Ländern der sogenannten dritten Welt während der Zeit der Entkolonialisierung aufgedeckt, und die politische Strategie von Che Guevara erläutert. Im zweiten Teil des Seminars geht es um die Vermarktung des Mythos „Che“ und die politische Instrumentalisierung des „romantischen Revolutionärs“.



Politischer Ferienworkshop zu Kultur und Alltagskultur

2.-5. August 2004

DGB-Jugendbildungsstätte Flecken-Zechlin

TeamerInnen: Stefanie Ehmsen, Klaus Lederer, Albert Scharenberg

Teilnahmebetrag: 20 Euro

Themen:

- > Kulturindustrie - Kultur im Kapitalismus
- > Kultur und Herrschaft - Von Adorno bis Gramsci
- > Cultural Studies - Subkultur, Gegenkultur und Widerstand
Referent: Ingo Bader
- > Medien, Macht und Politik - kulturelle Praxis und Gesellschafts-
veränderung
Referent: Heiko Hilker

Kultur- und Freizeitbeiträge:

- > Filmangebot, Grillabend (auch vegetarisch), Lesung,
Stories und mehr vor Ort...

Helle Panke

Jugendseminare 2004

Vorschau auf weitere Jugendseminare

Politische Utopie 20.-22. August 2004

Jugendbildungsstätte „Kurt Löwenstein“ Werftpfuhl

Teamer: Andy Kleinert und Michael Schwandt

Teilnahmebetrag: 15 Euro

Seminare zu Marx ´ Kapital

15.-17. Oktober 2004

„Helle Panke“ e.V., Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin

Teamer: Andy Kleinert und Michael Schwandt

Teilnahmebetrag: 10 Euro

Kapital Teil I 15.-17. Oktober 2004

„Helle Panke“ e.V., Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin

Teamer: Andy Kleinert und Michael Schwandt

Teilnahmebetrag: 10 Euro

Kapital Teil II 6.-7. November 2004

„Helle Panke“ e.V., Kopenhagener Straße 76, 10437 Berlin

Teamer: Andy Kleinert und Michael Schwandt

Teilnahmebetrag: 10 Euro

Teilnahme

Die Teilnahmegebühren beinhalten bei allen Seminaren Vollverpflegung, Unterkunft und anfallende Fahrtkosten ab Berlin zum Seminarort.

Für die Seminare sind die Teilnehmerzahlen begrenzt.

Wir bitten deshalb um rechtzeitige Anmeldung bei der Hellen Panke oder

Birgit Pomorin - Telefon: (030) 47 53 87 24



Der große Rotdorn-Ratgeber **Praktische Lebenshilfe für eine neoliberale Welt**

Schule beendet und was nun? Mit Abitur könnte man ja über ein Studium nachdenken. Fällt aber erst einmal flach, selbst die denkbar uninteressantesten Studiengänge haben einen unerreichbaren Numerus Clausus. Aber Deutschland hat ja das vielgerühmte duale Ausbildungssystem! Mache jetzt aber nicht den Fehler, deine Qualifikationen und persönliche Stärken in der Bewerbung zu unterstreichen. Spätestens nach der zehnten Absage wirst du sehen, dass heutzutage andere Werte gefragt sind: selbständiges Denken ist unerwünscht, Maul halten und kuschen sind die Gebote der Stunde. Halte dich an unsere Musterbewerbung und deinem erfolgreichen Einstieg in die Arbeitswelt steht nichts mehr im Wege!

An die
Unlimited Enterprises GmbH & Co KG
z.H. dem Kapital
Max-Profit-Straße 66
10409 Berlin



Berlin, am Tag der Arbeit

Bewerbung um einen Ausbeutungsplatz

Sehr geehrter Herr Kapitalist,
hiermit möchte ich mich bei Ihnen um einen Ausbeutungsplatz ab sofort, und bei jeder Tageszeit, bewerben. Da ich jahrelange Erfahrungen in den niederen Arbeiten, wie putzen, schrubben, fegen, streichen, Müll wegräumen, im Dreck suhlen etc. gesammelt habe und mir die Arbeit sehr viel Spaß gemacht hat, habe ich beschlossen mich nun von Ihnen ausbeuten zu lassen. Ich brauche keine Pausen, keine Nahrung und auch keine positive Bestätigungen für meine ausgeführten Arbeiten.

Besonderen Wert lege ich darauf, daß Ihr Chef, ohne ersichtlichen Grund, mich gelegentlich anbrüllt, anschreit und erniedrigt. Befehle führe ich besonders gerne aus. Nehmen Sie auch bitte keine Rücksicht auf mich, die Ihre Arbeit behindern könnte, denn Respekt ist was für Faule.

Ich bin sehr daran interessiert nur mit Kollegen zu arbeiten, die ihren Frust an mir ablassen, hinter meinem Rücken über mich lästern und mir ein sehr reizendes, aber bitte mechanisches Lächeln entgegenbringen. Wenn der Lohn nicht unter zwei Euro die Stunde beträgt muß ich leider darauf bestehen, nur ehrenamtlich bei Ihnen zu arbeiten. Ich würde mich sehr freuen, zum schnellstmöglichen Termin mich von Ihnen ausbeuten zu lassen.

Mit arschkriecherischen Grüßen

Das Arbeitstier

--- termine --- termine --- termine --- termine --- termine --- termine

6. MAI 14:30 bis 16:30 Uhr

„Europa der Generationen“

Studierende und Schüler aus Berlin, Budapest, Prag und Warschau im Gespräch mit den Bürgermeistern aus Berlin, Budapest, Prag und Warschau.

im Berliner Rathaus/ Louise-Schroeder-Saal

www.berlin.de/europawoche

6. MAI BIS 16. MAI

„DESIGNMAI 2004“

Internationales Designfestival

Unter dem Motto „EU+“ wird das internationale Festival sich mit Bedeutung der EU-Erweiterung für die Designlandschaft auseinandersetzen.

www.designmai.de

7. MAI 10 bis 17 Uhr

„avanti!“

Internationale Messe für Jobs, Praktika und Studium im Ausland

im Berliner Rathaus

www.avanti-info.de

8. MAI ab 14:00 Uhr

Rock für Links. umsonst & draussen

Skatoon Syndikat, Delikat, The Roovers
im Wiesenpark in Hellersdorf/ Marzahn, Landsberger Allee/ Blumenberger Damm

www.kein-verstecken.de

8. MAI 15 Uhr

„Flucht – Zuflucht“

Musikalisch-literarisches Programm anlässlich des Jahrestages der Befreiung

Deutsch-Russisches Museum Karlshorst,

Zwieseler Str. 4, 10318 Berlin

8. MAI 22 Uhr

„Jazz aus Prag“

mit dem Petra Erney Quartett
b-flat, Rosenthaler Str. 13, 10119 Berlin

10. MAI 11 bis 13 Uhr

„Europa – eine gute Wahl“

Podiumsdiskussion mit SchülerInnen und den Berliner SpitzenkandidatInnen für die Wahl zum Europäischen Parlament

im Festsaal im Berliner Rathaus

12. MAI 14 bis 17 Uhr

„OSTIA – junge Wege für Europa, Konzepte der Jugendpolitik nach der Erweiterung“

Vorstellung eines von Jugendlichen entwickelten Konzepts und Podiumsdiskussion „Neue Wege für ein junges Europa“

im Reichstag

13./14., 18./19. UND 25./26. MAI

„Berufliche Orientierung und Zukunft in Europa“

Ein Internetworkshop mit den Themenschwerpunkten: Austausch- und Freiwilligendienste, Europawahlen und europäische Gesetzgebung
im „BITS 21“, Panoramastr. 1 und Gubener Str. 47

8. BIS 13. JUNI

„United Games of Nations 2004“

Multinationale Jugendbegegnung und Camp, an dem mehr als 600 Jugendliche im Alter von 14-21 Jahren in und aus 6 europäischen Ländern und Städten teilnehmen. Der Schwerpunkt liegt auf dem Abbau von Vorurteilen und Intoleranz.

Jugendcamp am Badensee, FEZ Wuhlheide 197



impresum

Rotdorn

erscheint 3-4 mal jährlich und hat eine Auflage von 6500 Stück

14. Jahrgang Nr. 38/04

v.i.S.d.P.

die Rotdornredaktion

Kontakt

Rotdorn

Postfach 87 01 06

13161 Berlin

fon: (030) 44 04 61 56

e-mail: rotdorn@gmx.de

web: www.rotdorn.org

Bankverbindung

Inhaber: O. Krüger

Kontonummer: 412 454 48 50

Bank: Berliner Sparkasse

BLZ: 100 500 00

Verwendungszweck: Rotdorn

Redaktionsschluß

5. August 2004

Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht immer der Meinung der Redaktion entsprechen.



Sagt uns Eure Meinung!

Den Rotdorn Nr.38 fand ich _____

Themenauswahl _____ (Note 1-6)

Aufmachung _____ (Note 1-6)

Bester Artikel der Ausgabe _____

Warum? Weil, _____

Deine Kritik: _____

Schreibt mal was über: _____

Ich hab den Rotdorn _____
(Ort bzw. Anlaß/Gegebenheit) erhalten

Ich lese den Rotdorn ☐ regelmäßig ☐ zum 1. Mal; zum ____ Mal

Ich bin ____ Jahre alt.



Sichert Euch die nächste Ausgabe: Abonniert kostenlos den Rotdorn!

☐ Ich abonniere kostenlos den Rotdorn. (Die Portokosten werden durch die Anzeigen gedeckt. Don't worry.)

Ich würde gerne ein paar mehr Rotdörner verteilen.

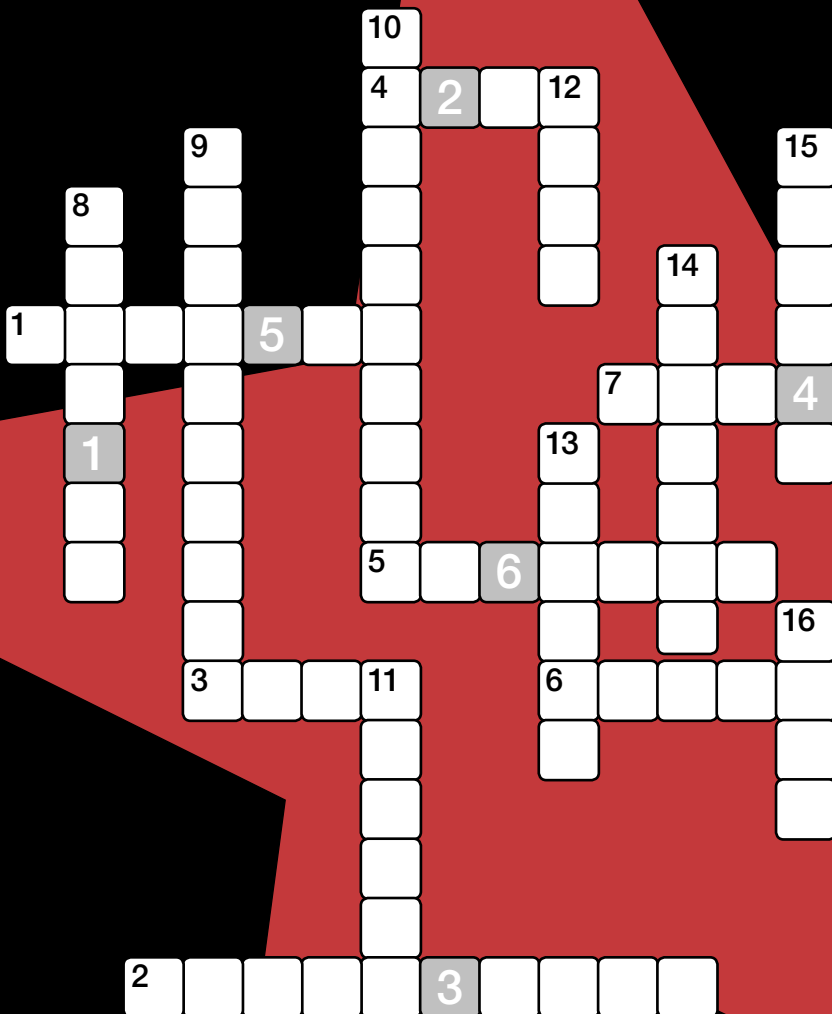
Bitte schickt mir ____ Rotdörner.

Meine Telefonnummer ist die: _____

☐ Ich möchte die Rotdorngruppe mal kennenlernen und zu einem Treffen eingeladen werden.

☐ Ich möchte den Rotdorn-Newsletter erhalten. Meine e-mail-Adresse ist: _____

DAS PREISRÄTSEL



waagerecht

- 1 Region in Mexiko, Ort der zapatistischen Rebellion
- 2 Stadt in den Niederlanden, hier wurde der europ. Stabilitäts-pakt geboren
- 3 Abk. für gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- 4 europäische Währung
- 5 Sonniges Land im südlichen Europa
- 6 der Vertrag von ... legte die jetzt gültige Anzahl der EP-Sitze fest
- 7 tolle Kneipe in der Oderberger-Straße

senkrecht

- 8 Nachbarland Deutschlands, das bis heute kein Interesse hat der EU beizutreten
- 9 Sitz des europäischen Parlaments in Frankreich
- 10 Italiens Ministerpräsident
- 11 höchstes Gut des Neoliberalismus
- 12 Hauptstadt von Norwegen
- 13 nach Italien hatte ... die europ. Ratspräsidentschaft inne
- 14 Land, das geografisch gesehen nur zum Teil europäisch ist
- 15 charismatischer Repräsentant der Zapatisten
- 16 am 13. Juni ist die Europa...

So einfach gehts:

Rätsel lösen, Karte abschicken, gewinnen!
Zu gewinnen gibt es diesmal drei CDs und Info-Pakete zu Europa. **VIEL ERFOLG!**

Die Gewinner der letzten Ausgabe:

Sandra S., 16 Jahre, Königswusterhausen
Henning T., Duisburg
Silvana, 19 Jahre, Schlierbach (Schweiz)

Mein Lösungswort:

1	2	3	4	6	7
---	---	---	---	---	---

Name: _____

Anschrift: _____

Sagt uns eure Meinung! Benotet den Rotdorn, Themenauswahl und Aufmachung. Sagt uns welche Themen ihr vermisst habt und welche in die nächste Ausgabe sollen. Außerdem habt ihr die Möglichkeit uns auf der Rückseite etwas über Euch zu verraten. Natürlich haben die Antworten auf der Rückseite keinen Einfluss auf die Gewinnchancen.

Bitte mit
51 Cent
frankieren

An
Rotdorn
Postfach 870106
13161 Berlin

Wehr dich gegen die
WEHRPFLICHT

Montag bis Freitag

10 - 18 Uhr

Kopenhagener Str. 71

fon: 44 01 300



www.kampagne.de

Kriegsdienstverweigerungsberatung

Kampagne
gegen Wehrpflicht
Zwangsdienste
Militär